nicht möglich ist. Daß in allen sozialen Kämpfen das Proletariat unterliegen muß, wenn es nicht fähig ist, klassenbewußt zu denken und so als Klasse zu handeln. So prägten wir den Satz: „Die Selbstbewußtseinsentwicklung ist die erste Voraussetzung zum Siege der Arbeiterklasse." Wir wissen, daß die Revolution nicht ein „Geschenk des Himmels" ist, wissen, daß das Klassenbewußtsein nicht wie der „heilige Geist" über die Arbeiter kommt — und wissen auch darum, daß wir Kommunisten erzieherisch wirken müssen. Daß wir alles tun müssen, um dem Proletariat zu helfen, seine bürgerliche Denkweise abzulegen, und klassenbewußt, selbstbewußt zu werden.

Die erste, die wichtigste Aufgabe, die wir uns zu stellen haben, ist die Erziehung zum Klassenkampf, zum Kommunismus. Dieser Erziehung bedürfen nicht nur die Kinder, die jungen, sondern auch die erwachsenen Proletarier. Jede Altersgruppe erfordert eine andere Erziehungsmethode. Die Erziehung der Kinder — ein pädagogisches Problem — ist so weitreichend, daß ein dickes Buch nicht genügt, um ausführlich dazu Stellung zu nehmen. Wir verweisen an dieser Stelle auf die pädagogischen Schriften von Otto Rühle.

Bei den alten Arbeitern wirkt der kapitalistische Anschauungsunterricht am besten, und wir können sie nur zum richtigen, aufdeckenden Schauen bringen. Zu diesen müssen die Erfahrungen und die gegebenen Tatsachen; muß der tägliche Klassenkrieg sprechen. Der Raum ist zu beschränkt, um in dieser Frage ausführlicher zu werden. Wir wollen uns vorerst nur näher mit der Erziehungsarbeit befassen, welche die kommunistische Arbeiterjugend in den Reihen des Jungproletariats auszuüben hat.

Die Jungproletarier, die zu uns stoßen oder noch gewonnen werden, müssen stehen in den Jahren zwischen 14 bis 20. Dies ist die Periode des Erwachens der Pupertät (Geschlechtsreife), die sich auch geistig auswirkt. Man bezeichnet dies als die „Periode des Ideals". Diese Periode macht den jungen Menschen neuen geistigen Ideen besonders leicht zugänglich. Aber sie hat auch wieder den Nachteil, weil diese neuaufgenommenen Ideen keinen anderen Rückhalt, keine andere Basis haben als das Gefühl, daß diese Jugend, wenn sie nicht sofort greifbare Erfolge sieht, die Lust zu der Sache sehr schnell wieder verliert und sich eine neue Betätigung sucht. Sie neues aufnehmen will, sich eine andere Befriedigung sucht, um ihrer „Sturm- und Drangperiode" gerecht zu werden. Die wissenschaftliche Aufnahme und die restlose Erkenntnis unserer Ideen fällt der Jugend besonders schwer, weil sie stets das Bestreben hat, „alles auf einmal" in sich aufzunehmen und „so schnell als möglich" alles zu erfassen. Dies ist nicht möglich.

Das Studium der sozialen Wissenschaft erfordert vor allem — Planmäßigkeit. Man kann auf diesem Gebiete nur schrittweise, systematisch vordringen. Hieran scheitern außerordentlich viel Personen. Sie gehen unsystematisch vor, verwirren sich und werden zu Schwätzern. Sie verlieren sich in Parteien, die in der Oberflächlichkeit wurzeln, weil sie nur dort Anerkennung und Entschädigungen für ihre angeblichen Mühen finden. So sehen wir uns in unseren Diskussionen oft Gegnern gegenüber, die als Geistesgrößen verhimmelt werden; tatsächlich aber nicht die geringste Ahnung haben von den Gesetzen der ökonomischen Entwicklung, deren Parolen und Taktik nicht wurzeln in der materialistischen Geschichtsauffassung, die nichts wissen vom dialektischen Denken, kurz — vom wissenschaftlichen Kommunismus keine Ahnung haben. Deshalb ist auch ihre Auffasung vom Klassenkampf und von den Kampfmethoden desselben eine falsche. Unbewußt werden sie oft Gegner der proletarischen Interessen, um später bewußte, nach persönlichen Vorteilen heischende Renegaten, Verräter zu werden.

Dies alles ist zu berücksichtigen bei unserer Erziehungsarbeit für den Klassenkampf. Haben wir die Jugend für uns gewonnen, so müssen wir — nachdem sie schon gefühlsmäßig zu uns stehen — versuchen, ihnen einen theoretischen Hinterhalt zu geben. Wir müssen durch Vorträge und Kurse vorgehen, um eher begriffen zu werden. Nichts überstürzen. Kommunismus zu übermitteln. Wir müssen hier planmäßig vorgehen, u meher begriffen zu werden. Nichts überstürzen. Uns den noch primitiven Gedankengängen der Jugendlichen anpassen, ohne jedoch unser geistiges Niveau selbst zu senken. Wir müssen ferner die Auswahl ihrer Literatur beeinflussen, damit sie Vorteile daraus ziehen können; denn das Proletariat kann sich den Luxus einer „durcheinandergewürfelten" Literatur nicht leisten. Es muß alle Kräfte freimachen für den Klassenkampf; denn es gilt ja nicht allein die Jugend zu bilden, sondern es gilt die Bildung der Jugend für den Klassenkampf zu gebrauchen. Bildungsphilister zu erziehen, ist nicht unsere Aufgabe — diese sind dem Klassenkampf hinderlich. Es gilt Kämpfernaturen heranzuziehen. Dies ist nur möglich, wenn man die Jugend so früh als möglich in den K a m p f drängt; wenn man sie aktiv teilnehmen läßt an den Arbeiten für den Kommunismus. Aktivität ist das wichtigste, beste Erziehungsmittel. Der Drang nach Betätigung ist das Vorherrschende im jungen Menschen; dies gilt es auszunützen.

All das „langweilige", unnötig Organisatorische, all das, was die jungen Genossen zur Unaktivität zwingt, dies alles gilt es zu überwinden. Man erzieht die Jugend zum Klassenkampf, wenn man sie beschäftigt im Klassenkampf. Die Jugend wird sich wohl fühlen in unseren Reihen, wenn sie sieht, wie aus der Begeisterung geboren, eine unermüdliche Arbeitsfreudigkeit in unserer Organisation vorherrscht. Wenn man sie sofort einreiht in die Linie der jungen Kämpfer und man ihre Leistungen genügend würdigt. Wenn man sie als gleichberechtigt, gleichwertvolle Genossen betrachtet. Man darf ihre, wenn auch oft zwecklose falsche Arbeit, nicht verlachen. Sie wohl kritisieren, jedoch ohne verletzend zu werden. Bei Fehlern antreffend, soll man die jungen Genossen nicht verspotten, sondern die Ursachen der Fehler ihnen in gerechter Form vor Augen halten, sie aufmuntern, besseres zu schaffen.

Noch einmal kurz zusammengefaßt: Erziehung zum Klassenkampf ist die Vernichtung der bürgerlichen Ideologie, die nur möglich ist durch Entgegenstellung einer anderen, der kommunistischen. Diese wird nur in die Hirne der jungen Genossen Fuß fassen, wenn sie b e w u ß t e Revolutionäre werden. Dies wiederum werden sie nur, wenn sie in den Besitz der wissenschaftlichen Grundlagen des Kommunismus kommen. Geben wir ihnen diese, so leisten wir Erziehungsarbeit für den Klassenkampf.

Gleichzeitig befähigen wir die Jugend für die Revolution. Die Befähigung, deren Erfolg, durch ihre wissenschaftliche Erkenntnis, gewährleistet ist, wird ihnen Befriedigung gewähren. Die Befriedigung hat als Wechselwirkung zur Folge, daß sie auf alle kapitalistischen Ablenkungsmittel freiwillig verzichten. Daß sie sich nur dem Klassenkampf widmen. Kämpfen wir mit der Jugend! Je intensiver der Kampf, desto eher erziehen wir durch den Kampf selbst Klassenkämpfer! Menschen, die später als Kommunisten den hohen Preis für ihre Mühen und Opfer, die der Dienst der Freiheit erheischt, erlangen. Deren inneres Leben sich bereichert, deren Blick sich weitet, deren Wille stark, deren Geist frei wird, da sie für die größte Sache der Menschheit kämpfen.

Genossen, die unerschütterlich fest, die rücksichtslos klar sich zum Kommunismus bekennen, die als erste im Befreiungskampf der Menschheit auf den Barrikaden fallen und doch — leben; da sie durch ihr Beispiel tausende neue Kämpfer erziehen, die einstmals erringen werden — den Kommunismus!

Ausland

Die Arbeiterregierung und das indische Proletariat

Eine der wichtigsten Etappen der neuen Krise, die sich in Indien vorbereitet, ist die Vereinigung der bürgerlichen Elemente. Die Kleinbürger sind unterlegen, weil sie es nicht verstanden haben, die Unterstützung der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer zu erhalten und weil sie es nicht wagten, sich auf die revolutionären Massen zu stützen. Heute sind diese Mittelschichten im Wettbewerb mit den indischen Loyalisten zu einem gemäßigten Programm gelangt. Um ihre politische Macht auszudehnen und für den indischen Kapitalismus eine vorteilhafte Situation zu erlangen, haben sie ihre Vereinigung auf ein parlamentarisches Oppositionsprogramm gegründet. Ihr Ziel ist, für Indien die Anerkennung als Dominium (selbständiges Kolonialland) zu erreichen, aber sie sind auch bereit, einen Vergleich zu schließen. Sie verlangen eine Ausdehnung der Reformen, sie erstreben eine Verständigung.

Und jetzt, wenn die Entschließung der Labour Party und des Gewerkschaftskongresses in England wirklich etwas bedeuten soll, muß sich die Arbeiterregierung verpflichten, der verantwortlichen Regierung Indiens eine größere Selbständigkeit zu gewähren, d. h. sie muß der indischen Bourgeoisie den Anteil an der Macht abtreten, den sie fordert. Aber was wird mit den Massen des Proletariats? Die Partei Swaraj umfaßt ungefähr **6 Millionen** Inder bei einer Bevölkerung von **320 Millionen**, deren Mehrzahl Bauern und Arbeiter sind. Was wird man für diese tun?

Wie die Arbeiterklasse aller Länder sind sie der siegreichen Kapitalsoffensive unterlegen. Ihre Löhne sind verkürzt und ihre gewerkschaftlichen Organisationen zertrümmert worden. Und die kapitalistische Offensive geht weiter. Ein Beweis dafür sind die Streiks von 140 000 Textilarbeitern in Bombay, bei denen es Tote und Verwundete bei Zusammenstößen mit der Polizei gegeben hat. Diese Proletarier wurden von denselben Leuten angegriffen, die die Nationalistenpartei Indiens führen und behaupten, im Namen des indischen Volkes zu sprechen. Wenn die englische Arbeiterregierung noch irgendwelche Bedeutung oder Einfluß hat, wäre sie verpflichtet, den indischen Proletariern zu Hilfe zu kommen, statt sie erschießen zu lassen, wenn sie sich gegen ihre Ausbeuter aufbäumen. In Indien gibt es gegenwärtig noch kein Gesetz durch das der gewerkschaftliche Zusammenschluß, also das Koalitionsrecht der Arbeiter gewährleistet und geschützt wird. Es besteht kein Streikrecht. Das Arbeitsgesetz für Fabriken und Werkstätten schreibt den **Elfstundentag** vor. Frauen und Kinder sind gezwungen unter den entsetzlichsten Bedingungen in den Bergwerken zu schuften.

Hier wäre also eine günstige Gelegenheit für eine Arbeiterregierung Abhilfe zu schaffen und der niederträchtigen Ausbeutung dieser kolonialen Proletarier entgegenzutreten!

Genossen!

Denkt an die politischen Gefangenen,

an die flüchtigen, im Lande umherirrenden, verfolgten Revolutionäre, denkt an deren Familien, die in bitterster Not sind. Wohl lastet der Druck der Zeit sehr schwer auf jeden einzelnen, doch die Pflicht verlangt es. Noch können wir nur mit Geld helfen.

Denkt daran bei Lohnzahlungen, bei Zusammenkünften, bei Versammlungen.

Sammelt!

Vereinigte revolutionäre Unterstützungskommission

England

Nachklänge zum Dockarbeiterstreik.

Der Erfolg der Dockarbeiter beim letzten Streik war nur ein Teilerfolg, denn der Streik endete mit einem Kompromiß. Darüber schreibt das kommunistische Gewerkschaftsblatt „The Worker", Glasgow folgendes:

„Was Bevin und seinen Kollegen unmöglich war, als es von dem Arbeitsminister vor Streikausbruch empfohlen wurde, ist jetzt vollständig angenommen worden. Noch eine Woche Streik und die Dockunternehmer würden zum Nachgeben gezwungen worden sein. Niemals hatte irgendein Teil der Arbeiterschaft eine solche starke Position inne, wie sie von den Dockarbeitern während dieses Kampfes gehalten wurde. Jede Dockarbeit im ganzen Lande ruhte völlig. Der einzige Ausweg, die Dinge wieder in Gang zu bringen, war die Bewilligung der Forderungen der Dockarbeiter. Und dennoch ist es hierbei zu einem Kompromiß gekommen. Niemals aber findet man, daß die Unternehmer ein Kompromiß eingehen, wenn sie die Macht besitzen, die Arbeiter zu besiegen. Darum gab es kein Kompromiß bei den Bergarbeitern, den Lokomotivführern oder zu irgend einer Zeit, in der die Arbeiterklasse geschwächt ist. Warum sollten denn die Arbeiter auf ein Kompromiß eingehen, wenn sie in der Lage waren zu siegen? **Die Dockarbeiter mußten den Kampf aufgeben, um das Ansehen des Arbeiterkabinetts zu retten.**"

Wenn der Streik noch eine Woche länger gedauert hätte, würden Seeleute und Streikbrecher die Dockarbeiten verrichtet haben unter dem Schutze des von der „Königlichen Regierung" verpflichteten Militärs. Mac Donald und seine Arbeiterregierung hatten sich zu diesem Eingreifen verpflichtet, und im Unterhause unter dem lauten Beifall der Forces (Konservativen) hatte er festgestellt, daß zur Beförderung der Nahrungsmittel, der Post usw. eine Organisation (technische Nothilfe) inzwischen geschaffen wäre. Damit war der Verrat an den Dockarbeitern besiegelt, denn ihre stärkste Waffe, der Lebensmitteltransport, war ihnen aus der Hand geschlagen. Das wußten die Führer der Dockarbeiter und da sie diese Diskreditierung der ganzen Arbeiterbewegung durch Fortsetzung des Streiks vermeiden wollten, schlugen sie den Abbruch des Streiks vor. Zur Begründung wurde angeführt, daß die Arbeiterregierung nur die Wahl hatte, entweder (im Interesse des staatlichen Lebens) ihre Macht anzuwenden (gegen die Streikenden) oder zurückzutreten. Die Arbeiterregierung stand also im Begriff, den Streikbruch gegen die Dockarbeiter zu organisieren, was ihr auch unzweifelhaft gelungen wäre. Diesmal hat sie sich dank ihres Einflusses auf die Arbeiterführer, die wiederum die Streikenden an der Kandarre hatten, noch nicht des militärischen Machtapparats zu bedienen brauchen.

Darum ist es durchaus berechtigt, wenn das zweitführende Blatt der englischen Bourgeoisie, die „Morning-Post" erklärt, „daß das innerpolitische Programm des Ministerpräsidenten nichts anderes sei als der alte Wein gemäßigter bürgerlicher Parteien, der in neue Schläuche gefüllt sei." Und die „Westminster Gazette" spricht von dem „liberalen Programm der Arbeiterpartei".

Tschecho-Slowakei

Auch hier streckt die reaktionäre Unternehmerschaft, durch das deutsche Vorbild angesteckt, ihre Hand nach dem Achtstundentag aus, um ihn zu beseitigen. Ein sogenanntes nationaldemokratisches Organ veröffentlichte einen Artikel, in dem unter Hinweis auf andere Länder die Aufhebung des Achtstundentages verlangt wird, obgleich ein großer Teil der Industrieproletarier an höchstens 3 bis 4 Tagen in der Woche beschäftigt wird. Die Zahl der Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger ist noch verhältnismäßig hoch. Man weist vornehmlich auf das deutsche Beispiel hin und ermuntert die Abgeordneten, vor allem die sozialistischen, bei der kommenden Landtagstagung durch folgende Worte: „Beschließt die sofortige Aufhebung der achtstündigen Arbeitszeit."

Auch in der Tschecho-Slowakei ist die wirtschaftliche Lage für das Kapital ungemein schwierig. Wie in Deutschland drücken sich auch hier die Kapitalisten vor der Steuerzahlung und hintergehen den Staat auf alle mögliche Art und Weise. Die Bergwerksbesitzer bereiten zurzeit einen neuen Angriff auf die Löhne der Bergarbeiter vor. Infolge der kürzlich erfolgten Herabsetzung des Kohlenpreises erklären die Unternehmer, daß sie entweder die Löhne herabsetzen müßten oder gezwungen wären, die Betriebe zu schließen. Im Kohlenbecken von Falkenau ist dies bereits erfolgt. Die Textilindustriellen halten gleichfalls den Augenblick für gekommen, um einen neuen Lohnabbau vorzunehmen.

Bemerkenswert ist es noch, daß in der Tschecho-Slowakei die Auszahlung der staatlichen Erwerbslosenunterstützung völlig in den Händen der Gewerkschaftsbonzen liegt. Es ist ausdrücklich festgelegt, daß nur der Unterstützung erhält, wer in der Gewerkschaft Anspruch auf Unterstützung hat. Wer nicht Mitglied einer staatlich konzessionierten Gewerkschaft ist, hat auch keinen Anspruch auf die staatliche Unterstützung. So arbeiten hier die Zentralgewerkschaften mit dem bürgerlichen Staate Hand in Hand, um die revolutionäre Arbeiterschaft zu unterdrücken.

Belgien

Rettung des Achtstundentages?

Bei der am 14. Februar erfolgten Abstimmung in der belgischen Kammer wurden zwei Gesetzentwürfe, die die Verlängerung des Achtstundentages bis auf 9 Stunden vorsahen, mit 137 gegen 20 bezw. mit 97 gegen 66 Stimmen abgelehnt!

Griechenland

Arbeiterkämpfe.

Aus Athen wird berichtet, daß die Proletarier Griechenlands es am schwersten zu fühlen bekommen, was eine Militär-Regierung bedeutet, die mit den Industriellen sich verbunden hat. Seit September 1922 führt eine militärische Klique, die mit dem Namen einer „revolutionären" Regierung prunkt, die politischen Geschäfte und Angelegenheiten des griechischen republikanischen Staates. Eine ihrer ersten Taten war es, die Industriebarone bei ihren Angriffen auf die Löhne der Arbeiter zu unterstützen. Durch vereinte Kraft und eine selten aufgebrachte Klassensolidarität setzten die griechischen Arbeiter nichtsdestoweniger eine Reihe von Lohnerhöhungen durch, obwohl diese in keinem Verhältnis zu der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts standen. Sobald sich die griechische Drachme wieder etwas zu bessern begann, richtete sich die ganze, von der Regierung unterstützte Energie der Unternehmer darauf, die Löhne herabzusetzen. Allein in der Tabakindustrie, in der 30 000 Proletarier beschäftigt werden, wurden die Löhne fast um die Hälfte herabgesetzt; ebenso wurden die Löhne der Bergarbeiter verkürzt. Diese beschlossen daher, in den Streik zu treten, und die Gewerkschaften riefen zur Unterstützung zum Generalstreik auf, so daß 70 000 Proletarier über eine Woche lang streikten.

Die Regierung griff ein, verbot alle Versammlungen und rief die Streikenden zum Militärdienst ein, dem aber viele keine Folge leisteten. Seeleute und Soldaten wurden als Streikbrecher verwendet, und sogar Maschinengewehre und Kanonen gegen die Streikenden gebraucht. Schließlich löste die Regierung die Gewerkschaften auf und beschlagnahmte deren Gelder. Durch diese Methoden wurde der Streik schließlich niedergeschlagen und die Arbeiterbewegung in Griechenland hat augenblicklich eine schwere Niederlage erlitten.

Aus der Bewegung

Zwei Welten

In der Hasenheide muß etwas los sein, denn die grüne Farbe ist Trumpf! Die „friedliche Demokratie" marschiert auf mit Karabinern. Zu Fuß, Rad und Pferde ist die grüne Pest vertreten. Warum? Gilt es die Demokratie zu schützen? Oder ist das „berühmte Vaterland" in Gefahr?

Zwei Versammlungen finden in der Hasenheide statt. Die eine bei Kliems im kleinen Saal, die andere in der „Neuen Welt" im großen. Bei Kliems die KAP., in der „Neuen Welt" die Deutsch-Völkischen. Aber wie verschieden sind beide. Betrachtet man sich den Zustrom, so muß man einen großen Unterschied feststellen. Immerhin nur wenige Proletarier gehen in die Versammlung der proletarischen Partei. Und in den Saal ginge noch mancher Proletarier hinein. Anders in der „Neuen Welt". Das Bürgertum strömt reichlich. Es fühlt sich unter dem zivilen Belagerungszustand. Besonders die Jugend ist vertreten, auch jüngste. Mit dem Kranz aus Eichenlaub und der schwarz-weiß-roten Kokarde inmitten.

Und grüne Ritter mit dem schwarzen Kreuz im weißen Felde, ein Zeichen aus vergangenen Zeiten. Bismarckbund usw. dominiert. Gute Bürger, Mann, Weib und Kind ist da.

Man spürt sofort den klassischen Unterschied. Sie wollen alle den Grafen Westarp hören. Da ist es erklärlich, warum der Schutz der Demokratie so reichlich vorhanden ist. Damit dem Bürgertum in dem proletarischen Südosten nichts passiert.

Keine Vogelstraußpolitik. Genossen, an dem Besuch unserer Versammlung läßt das Interesse für die politischen Vorgänge im Proletariat viel zu wünschen übrig. Ein schlechter Reifegrad.

Wir aber haben nichts zu wünschen, sondern unermüdlich zu arbeiten an der Aufklärung des Proletariats. Für die proletarische Revolution. Gigantische Aufgaben liegen vor uns.

Nur wenn wir die Größe der Aufgaben erkennen und in dem Proletariat übermitteln, daß die Erkenntnis Allgemeingut der proletarischen Klasse wird, wird dieselbe ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen können, den Sturz des kapitalistischen Systems und den Aufbau der Bedarfswirtschaft durchführen.

Verantw.: S e n g e b u s c h , Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl B e r g m a n n , Berlin.

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 22, Jahrgang 5 | März 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Heraus aus der Sackgasse!

Monatelang geht nun schon das große Feilschen um die Reparationen. Vor über vier Monaten ist der passive Widerstand aufgegeben worden, und nach wie vor harrt die wichtigste Frage, die Frage der Reparationen, der Lösung. Man ist der Lösung dieser Frage noch keinen Schritt nähergekommen. Man kann auch der Lösung nicht näherkommen, weil es zugleich eine Lösung der Krise bedeuten würde und diese eben nicht kapitalistisch gelöst und überwunden werden kann. Auch wenn mancher radikale Spießer etwas anderes glauben sollte, so wird damit an dem geschichtlichen Gang und Zwang des Kapitals nichts geändert.

Die Stabilisierung der Währung, die schon viele zu heller Verzweiflung gebracht hat, sollte den Beweis erbringen, daß die deutsche Republik ernsthaft gewillt ist, im eigenen Heim Ruhe und Ordnung, Recht und Gerechtigkeit und Fleiß nebst Sparsamkeit wieder einzuführen und zur Geltung zu bringen. Dem Ausland sollte vordemonstriert werden, daß der Wille zur Erfüllung nach wie vor da ist, doch nur, wenn in den Grenzen des Möglichen die Forderungen gestellt werden. Große Hoffnungen hatte die deutsche Bourgeoisie nebst ihrem knochenlosen Kleinbürgertum auf die Sachverständigenkommission gesetzt. Wochenlang wurde über ihre Tätigkeit berichtet. Ganz genau wollten die einzelnen Preßreptile bei ihren Meldungen informiert sein. Des öfteren wurde schon von dem fertiggestellten Bericht gemeldet, den die Sachverständigen der Oeffentlichkeit übermitteln wollten. Dann wurde es plötzlich still im deutschen Blätterwald. Und jetzt muß sich das glaubwürdige, bis zur Strafwürdigkeit glaub- und vertrauensselige deutsche Volk, wozu auch das Proletariat gehört, berichten lassen, daß die Sachverständigen in der Sackgasse sitzen und nicht weiter können. Aus Paris wird dazu folgendes gemeldet:

„Alle mit der Reparationskommission in Verbindung stehenden Kreise machen kein Hehl mehr daraus, daß die Arbeiten der Sachverständigen auf ein totes Gleis geraten sind. Selbst der Versuch, für einzelne Spezialfragen Teillösungen zu finden, scheiterte immer wieder an deren enge Verbindung mit anderen Problemen, deren Aufrollung den Sachverständigen „verboten" ist. Wenn auch die Hoffnung noch keineswegs aufgegeben ist, daß es den Sachverständigen gelingen wird, einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu finden, so wird doch damit gerechnet, daß noch manche Woche darüber hingehen wird, ehe die Reparationskommission in den Besitz der von den Sachverständigen erwarteten Vorschläge gelangen wird."

Wieder ist eine Illusion zerstört worden. Die Illusion, die darauf beruhte, daß das Kapital in schiedlich friedlichen Verhandlungen einen Ausweg finden würde, und das Proletariat wieder, wenn auch ganz langsam, so doch aber mit der Hoffnung auf eine, wenn auch sehr spät eintretende Besserung, an den Gütern der Kultur teilnehmen könnte.

Daß die Sachverständigen eben nur Sachverständige sind und nichts weiter als begutachtende Vorschläge machen können, an die sich der zu Zahlende oder auch der zu Verzichtende nicht halten braucht und wird, kümmert der sogenannten Oeffentlichkeit nicht. Man klammert sich eben an einen Strohhalm, man vertraut und glaubt diesen, die es wohl schon wissen müssen und auch richtig machen werden und dann ists mit der Aufregung vorbei. Trotzdem die Sachverständigen nur allgemein prüfen sollten, was man so schnell als möglich aus dem Kadaver der deutschen Republik herausholen kann, da es ja überall, auch bei den Siegerländern, in dem kapitalistischen Gebälk kracht, ist es nicht möglich, gemeinschaftliche Vorschläge zu machen. Zu weit ist schon die Zersetzung vorgeschritten.

Die Möglichkeit, daß das Proletariat auch ein ernsthaftes Wort mitreden könnte und schließlich eines Tages den Rahmen der gewerkschaftlichen Lohn- und Zeitkämpfe sprengen und sich der proletarischen Märzstürme erinnern würde, zieht die Bourgeoisie augenblicklich nicht so sehr in Betracht.

Im März 1919 jagte eine ungeheure politische Streikwelle durch die deutsche Republik und ließ dieselbe erzittern. Das Proletariat, die Arbeiterklasse, erlebte ihre Kraft im riesigen Ausmaße. Vergeblich mit der Freude eines Knaben, die die Kraft des werdenden Mannes in sich wachsen fühlte.

Im März 1920 erhob sich die deutsche Arbeiterklasse wie ein Mann gegen Kapp und in klarer Erkenntnis ging das revolutionäre Proletariat über den Rahmen der Novemberrepublik hinaus. Die Selbstbewußtseinsentwicklung machte oder schien Fortschritte zu machen.

Im März 1921 erfolgte ein großer Bruch. Die gewaltige Bewegung der mitteldeutschen Arbeiter blieb isoliert.

Ihr Ruf fand kein oder nur wenig Echo in den Betrieben, den Werkstätten und Fabrikhallen. Das deutsche Proletariat blieb seinen mitteldeutschen Brüdern die Antwort und den Kampf schuldig. Ueber den Leichen der gefallenen, der gemordeten, der bestialisch hingeschlachteten Märzkämpfer feierte die deutsche Bourgeoisie ihre Justizfeste, um dann wieder an die Geschäfte zu gehen.

März 1922. Der blieb ruhig. Der Taumel, der den März 1919 zu einem fortreißenden Strom anschwellen ließ, die zähe Verbissenheit, die im März 1920 die Arbeiter auf die Straße und in den Kampf führte, der Kampfeswille, der im März 1921 noch lebendig war: nichts von alledem war 1922 im März zu spüren. Die Bourgeoisie, wieder selbstsicher geworden, erfüllte die Straßen mit Valutageschrei: die Inflationsperiode begann.

Der März 1923 stand im Zeichen der im Januar erfolgten Ruhrbesetzung und der aus ihr entsprungenen, von der KPD. und der III. Internationale geschürten nationalen Begeisterung.

Ein übler Nationalismus, der im März 1924 seine Früchte soweit schon tätigt, daß die deutschvölkische Pest sogar in den Betrieben Berlins schon Fuß fassen konnte. Nichts ist von dem Märzgeist der Revolution erhalten. Scheinbar hat das Proletariat alles vergessen. In gedankenloser Schlafmützigkeit hat es sich von dem Wunder Rentenmark einwickeln lassen. Die Worte: „Man kann schon bald wieder alles kaufen" sind ein beredtes Zeichen dafür. Alle Kämpfe, zu dem das Proletariat gezwungen wird, bewegen sich nur in dem Rahmen des gesetzmäßigen Hungerns und teilweise schon Verhungerns.

Und in diesem systematischen Zermürbungskrieg des Kapitals gegen das Proletariat nahen sich wieder all die schwankenden Gestalten der parlamentarischen Parteien, um mit ihrem Gekläff und Gebell die geringste aufsteigende Selbstkritik zu ertöten. Wo im März 1924 sich die Bourgeoisie aller Länder in eine Sackgasse verrannt hat und das Proletariat, weil es sich noch als Anhängsel der Bourgeoisie gebrauchen läßt, in dieser Sackgasse zu ersticken droht, und es nur Luft durch die proletarische Revolution bekommen kann, steht es jetzt seinen Peinigern nebst deren Handlangern mit dem naiven Glauben gegenüber, durch die „Gewalt des Stimmzettels" sein Geschick meistern zu können. Statt Zertrümmerung der parlamentarischen Parteien nebst den Gewerkschaften als die stärksten Stützen des kapitalistischen Klassenstaates, beteiligt sich das Proletariat sogar an der Neubildung von parlamentarischen Parteien und fällt auch auf die dümmsten, wenn auch raffiniert aufgemachten Methoden herein.

Die Revolution hat scheinbar ihren tiefsten Stand noch nicht erreicht. Die Schläge müssen erst noch dichter sausen, ehe die Arbeiterklasse sich wieder auf die so teuer, mit soviel Blut seiner Besten erkämpften Erfahrungen besinnt und sich seiner ungeheuren Kraft bewußt wird in der Erkenntnis der Lage, daß es aus dieser Sackgasse kein anderes Entrinnen gibt, als Abkehr und rücksichtsloser Bruch mit allem, was die Verbindung mit dem Kapital bedeutet.

Bis sich das Proletariat auf seine Erfahrungen im revolutionären Klassenkrieg besinnt und durch mitleidlose Selbstkritik seine Fehler erkennt, dieselben überwindet und im bewußten Ansturm die Zwingburgen des Kapitals, die Betriebe für sich erobert und durch seine revolutionären Räte seine Diktaur aufrichtet, in der parlamentarische Schwätzer aller Schattierungen keine Berechtigung mehr haben, bis dahin wird das Kaptial seine unverhüllte Aussaugung fortsetzen und alle Kanaillen des Kleinbürgertums sich an dieser Realpolitik beteiligen können.

Doch wenn sich proletarischer Klassenwille ballt und sich in Erkenntnis der Lage des Kapitals zur Klassenkampforganisation formt und die Begeisterung der Pariser Kommunalkämpfer das Proletariat ergreift, dann ist der Weg frei aus der Sackgasse des Kapitals und dem Kommunismus durch die revolutionären Räte der Weg bereitet.

Unvermeidlich in dieser Wegrichtung marschieren trotz Gebell und Gekläff aller Verführer und Verführten und unermüdlich und beharrlich den kleinen Funken der Selbsterkenntnis der Revolution schüren bis er zur hellauflodernden Flamme wird, dies sei das Gelöbnis des klassenbewußten Proletariats.

Dies sei unser Gelöbnis — das Gelöbnis der KAP. und AAU.

Proletarier, aus der kapitalistischen Sackgasse kommt ihr nur durch den rücksichtslosesten Klassenkampf heraus.

Nicht durch Wahlkampf, sondern durch Klassenkampf — Klassenkrieg ehrt ihr die Märzopfer von 1848 bis 1921.

Und immer eindringlicher mahnt die Geschichte:

„Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!

Alle Macht den Räten!"

Goldkreditbank

Die Einführung der Rentenmark war der erste Schritt zur sogenannten Stabilisierung der Mark. Das deutsche Kapital war sich von vornherein darüber klar, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft die Einführung der Goldnote erforderlich mache. Es galt vor allen Dingen, eine neue deutsche Währung zu schaffen, nachdem die alte zertrümmert war. Dazu mußten die gesamten deutschen Wirtschaftskräfte zusammengefaßt werden. Es entstand die Notwendigkeit, die Bilanz des deutschen Nationalvermögens zu ziehen und die Epoche bis zum 15. November 1923 zu liquidieren. Der gesamte deutsche Real- und Personalkredit mußte auf eine neue Basis gestellt werden.

Die Neuordnung wurde durch die sogenannten Steuernotverordnungen vollzogen. Die Bewertung erfolgte zu 15 v. H. des Friedenswertes. Die Besitzer von Hypothekenforderungen, Obligationen verloren so 85 v. H. des von ihnen gezahlten Kapitals. Dies entspricht auch dem tatsächlichen Verlust des deutschen Nationalvermögens. Eine höhere Belastung wäre für die Schuldner kaum tragbar, zumal bei der außerdem noch geplanten besonderen Steuerbelastung. Dagegen haben das Reich, die Länder und Gemeinden für ihre Schulden, Staats-Kriegsanleihen und Sparprämienanleihen keine Entschädigung gewährt. Eine Konkursdividende auszuschütten, erschien diesen Körperschaften nicht tragbar. Diese schuldenfreie Stellung ermöglicht es ihnen jetzt Kredite aufzunehmen.

Der Wert der Immobilien und Produktionsstätten, die ihnen gehören, ist infolge der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft enorm zurückgegangen. Ihre enorme Kapitalarmut zeigt sich am besten im Verhältnis der Preise für Grundstücke jetzt und in der Vorkriegszeit. An der niedrigen Bewertung sind nicht allein die Mieten schuld, sondern die Unbeweglichkeit der ganzen Wirtschaft. Der enorm gesunkene Reallohn untergräbt die Kaufkraft der Bevölkerung. Dies trifft besonders die Gegenstände, welche als Sachwerte festliegen und infolge Verschleiß nicht täglich erneuert zu werden brauchen. Die Geldentwertung hat die Flucht in die Sachwerte gebracht. Das Kapital ist dadurch unbeweglich geworden. Es ist nicht mehr frei für den Bedarf der Wirtschaft, für Betriebskapital. Dies kommt am klarsten dadurch zum Ausdruck, daß die Depositengelder 10 v. H. der Vorkriegszeit betragen. Die Banken sind infolgedessen nicht imstande, aus dem Verkehr die notwendigen Summen der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Bargeld ist heute wertvoller als Sachbesitz. Alles strebt danach, möglichst flüssiges Geld zu erhalten, um die Betriebe in Gang setzen zu können. Es steht einer durch die Inflation geförderten riesigen Produktionsüberspannung eine starke Kapitalarmut gegenüber. Die Produktionsstätten stehen leer da und warten auf Zufluß von Kapital, um Rohstoffe und Arbeitskraft kaufen zu können.

Es hat sich nun herausgestellt, daß die durch die Stabilisierung eingetretene Absatz- und Kreditkrise nicht aus eigener Kraft überwunden werden kann. Die Ausgabe neuer Noten kann nur bis zu einer bestimmten Grenze gehen, jede Ueberziehung bedeutet Inflation. Die Rentenmark hält ihren Wert nur durch ihre Seltenheit. Man muß immer berücksichtigen, daß sie in Wahrheit nicht gedeckt ist, also keine reale Unterlage hat als die Tatsache, daß sie das einzige staatlich genehmigte Umlaufmittel ist. Anderseits ist der Kreditansturm ganz enorm und wenn er nicht befriedigt wird, so droht die Lahmlegung der gesamten Wirtschaft. Dies bedeutet, daß die Steuern nicht mehr eingehen und daß das Staatshaushaltdefizit ganz erheblich wächst. Damit ist aber ebenfalls die Stabilisierung erledigt. Die Krise zieht sich nun vier Monate hin, ohne daß es dem deutschen Kapital geglückt ist, den notwendigen Kredit flüssig zu machen. Inzwischen verschärft sich die Krise immer mehr.

Wieder ist es eine Zwischenlösung, die die Rettung bringen soll. Die Goldnotenbank kann noch nicht gegründet werden, da wesentliche Voraussetzungen fehlen; insbesondere eine Reglung des Reparationsproblems. Die Aufgabe der Golddiskontbank ist, den Einfuhrbedarf zu finanzieren und vor allem den Devisenmarkt zu entlasten. Der Gewinn, den die Bank in dieser Beziehung der deutschen Wirtschaft bringt, sind 300 Millionen Goldmark, die das englische Kapital leiht. Dieser Betrag ist im Verhältnis zu dem Bedarf und auch zu den Erwartungen, die das deutsche Kapital hegte, sehr gering. Zur Zeit der Genua-Konferenz im Frühjahr 1922 schätzte Hilferding bei einem Stande des Dollars auf zirka 100 Mark den Bedarf auf 3 bis 4 Milliarden Goldmark. Bei einem Kurse von 4,2 Billionen Mark soll der zehnte Teil ausreichen. Es wird nur eine kleine Atempause geschaffen, die dem deutschen Kapital über die dringendsten Nöte hinweghelfen soll. Die 100 Millionen Goldmark, die das deutsche Kapital an Aktien übernehmen soll, bedeuten keinen Zuwachs an wirtschaftlicher Kraft. Es ist vielleicht möglich, daß dadurch thesauriertes Devisenmaterial zum Vorschein kommt. Dies wäre aber nur der Fall, wenn ein Steuerpardon ausgeschrieben würde. Der bisherige Gesetz-

entwurf hat eine dahingehende Bestimmung gestrichen. Die Banken verlangen aber die Wiederaufnahme eines derartigen Passus, da sie sonst nicht für die Zeichnung der Aktien eine Garantie übernehmen können. Geflüchtetes Valutakapital wird man kaum heranziehen können, da es zum größten Teil schon angelegt und keine Veranlassung besteht, es gerade für die Golddiskontbank frei zu machen. Bei der herrschenden Kreditnot dürfte es viel eher als Betriebskapital zu höherem Zinssatz Verwendung finden.

Die neue Bank soll auch das Recht der Ausgabe von Noten erhalten, die auf Pfund Sterling lauten und die zu 50 v. H. in Gold oder Devisen gedeckt und jederzeit in Pfund Sterling einlösbar sein sollen. Diese Notenausgabe birgt eine ungeheure Gefahr. Einmal wird die deutsche Währung dadurch mit zwei Valuten in Verbindung gebracht, von denen nur die eine stabil ist, während die andere Schwankungen unterworfen ist und insbesondere von der Gestaltung der kontinentalen europäischen Lage abhängig ist. Dann ist die Pfundnote der Golddiskontbank nicht wie die Devisen für den Verkehr ausgeschaltet und nur für das Auslandgeschäft reserviert, sondern sie kann von jedem frei erworben und vor allem zu jeder Zeit gegen echte Pfundnoten umgetauscht werden. Es wird dadurch eine neue Beanspruchungsmöglichkeit des Devisenvorrats der Reichsbank geschaffen.

Eine weitere Schwierigkeit bildet die Aufbringung der 100 Millionen Goldmark durch den freien Verkehr. Die Reichsbank hat sich deshalb an die Privatbankiers und die Großbanken gewendet. Die Privatbankiers sollten 25 000 Pfund Sterling gleich 500 000 Mark aufbringen und sie erklärten sich dazu außerstande trotz der glänzenden Bedingungen. An tatsächlichen Einzahlungen werden sofort 25 v. H. verlangt. Für den Rest von 75 v. H. werden drei Ratenzahlungen in Abständen von drei Monaten bewilligt. Außerdem verpflichtet sich die Reichsbank, die Aktien mit 75 v. H. des eingezahlten Betrages zu beleihen.

Selbst wenn alle Hemmnisse beseitigt sein sollten, so ist der Effekt sehr gering. Die wichtigste Frage, die Lösung der Reparationsfrage, bleibt noch offen. Das englische Kapital hat jetzt sowohl dem deutschen als auch dem französischen Kapital mit ungefähr dem gleichen Betrag geholfen, nachdem es die französische Währung unterwühlt hatte. Es hatte zuerst gehofft, daß das Sinken des Franken das französische Kapital zwingen würde, seine Pläne aufzugeben. Nachdem es dann gemerkt hatte, daß die Franzosen sich, je schlechter ihre Finanzlage wurde, um so heftiger an das Ruhrgebiet klammerten, mußte es zur Sanierung des Franken schreiten. Es soll die Anleihe nur gegen Zugeständnisse in der Reparationsfrage gegeben haben. Es ist aber durch den Kredit ein Gefangener Frankreichs geworden, weil es für hohe Reparationszahlungen eintreten muß, um sein Kapital zurück zu erhalten. Es hat nur neue Möglichkeiten für einen Konflikt geschaffen, aber keine Lösung. Es wird nun erst recht ein Feilschen beginnen. Es wird noch Monate dauern, ehe eine Vereinbarung über die deutschen Leistungen zustande kommt. Ihre Höhe wird über die Stabilisierung entscheiden. Soviel steht schon jetzt fest, daß das deutsche Kapital auf Jahre hinaus keine Belastungen tragen kann. Belastungen werden aber kommen, sodaß schon jetzt keine Aussichten auf einen Wiederaufbau bestehen. Schließlich kann und wird auch das Proletariat nicht ruhig die kapitalistische Vernichtungspolitik auf sich nehmen.

Politische Rundschau

Die „heilige" Fehme

Sonnabend nachmittag ging in Leipzig der Parchimer Mordprozeß zu Ende. Die Angeklagten, Täter und Begünstiger, wurden zu Strafen von 12 Jahren Zuchthaus bis herab zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Tatbestand: Die Angeklagten Höß, Zabel, Pfeiffer, Wiemeyer, Zenz, alles Angehörige der Organisation Roßbach, die nach ihrem „Verbot" lustig in Form einer „Vereinigung für landwirtschaftliche Berufsausbildung" weiter existierte, haben ihren „Kameraden" Kadow, der im Verdacht der Spionage für die kommunistische Partei stand, in bestialischer Weise ermordet. Der Bezirksleiter der deutschvölkischen Freiheitspartei, Bormann, hat durch die Herleihung seines Jagdwagens zum Transport des Opfers an die „Gerichtshalle" Beihilfe geleistet. Das Gericht verurteilte die Angeklagten nur wegen Totschlags, denn es kam „zu der Feststellung, daß die Angeklagten Höß, Jurisch usw., nachdem sie gesehen haben, was sie angerichtet hatten, den gemeinschaftlichen Entschluß gefaßt haben, Kadow vollends den Garaus zu machen, ihn vollends zu töten. Diese Feststellung sei nach der Auffassung des Staatsgerichtshofs völlig einwandfrei".

Also ist die bestialische Folterung des Ermordeten vor dem „Fangschuß" den Angeklagten sozusagen als „mildernder Umstand" angerechnet worden, denn das Gericht nahm an, daß ursprünglich bei den Tätern nicht die Absicht der Tötung vorgelegen habe — erst nachdem sie ihr Opfer schon halbtot geschlagen hatten, sei ihnen der Gedanke gekommen, doch auf diese Weise, reinen „Tisch" zu machen. Das ist ein ziemliches Entgegenkommen für die Angeklagten; ein gewöhnlicher Menschenverstand hätte wohl angenommen, daß alle Angeklagten wegen Mordes zu den schwersten zulässigen Strafen verurteilt werden würden — in Anbetracht der außerordentlichen Roheit ihres Vergehens. Die Angelegenheit kam an die Oeffentlichkeit infolge „Versagens" eines der Mittäter, dessen Nerven nicht mehr ganz intakt waren — er kam aus der Irrenanstalt durch die deutschnationale Arbeitsvermittlung in die Kreise dieser merkwürdigen „Arbeitsgemeinschaft". Die Mitteilungen, die er an den „Vorwärts" machte, brachten den Stein ins Rollen. Aus den Aussagen der Angeklagten ergibt sich folgendes Bild: Der Geschäftsführer der deutschvölkischen Freiheitspartei, deren Kern die Organisation Roßbach bildet, Bormann, trifft am 13. Mai 1923 mit Kadow in Parchim ein. Kadow wurde von ihm als „unzuverlässig" angesehen und war auf sein Betreiben seines Parteipostens enthoben worden. Am Abend aber geht er mit Kadow — kneipen, und „zufällig" treffen sich in dieser Kneiperei im „Luisenhof" eine ganze Gruppe „Roßbacher", zum Teil werden sie eigens von „Bekannten" auf diese Festivität aufmerksam gemacht. Die weiteren Ereignisse entwickeln sich, nach den Aussagen eines der Angeklagten, wie folgt:

„Wir waren alle angetrunken. Jurisch zechte am Schanktisch mit Kadow, um ihn vollends betrunken zu machen. Denn wir wollten ihn verprügeln, weil er auf dem Gute Herzberg eine Unterschlagung begangen hatte.

Die Angeklagten haben dann Kadow überredet, auf einem Jagdwagen mit ihnen nach Hause zu fahren. Am Verbindungswege von Parchim nach Neuhof nötigten sie — es war unterdessen Mitternacht geworden — Kadow, abzusteigen, und nun schlugen alle vier Mann, die ihn begleitet hatten, auf Kadow ein. Höß schlug mit einem Gummiknüppel. Als Kadow weglief, gab Höß einen Schreckschuß ab. Kadow blieb auf der Wiese stehen und die Angeklagten fielen wieder über ihn her. Höß riß ein Bäumchen aus und schlug mit dem 2 Zentimeter dicken Stamm auf den Wehrlosen ein. Auch Zabel beteiligte sich daran und gebrauchte einen Spazierstock.

Als Kadow nachher im Walde blutüberströmt am Boden lag, will Jurisch gesagt haben, um seinen Qualen möglichst schnell ein Ende zu machen: „Kadow, stelle dich an den Baum, du bist nicht mehr zu retten, du kriegst jetzt eine Gnadenkugel. Hast du deiner Mutter noch etwas zu bestellen?" Der Anblick des mißhandelten Kadow war, wie Jurisch angab, entsetzlich. Er verlor auch gleich die Besinnung.

Vorsitzender: Wäre es nicht richtiger gewesen, die Wütenden von der Mißhandlung abzuhalten?

Angeklagter Jurisch: Nachdem ich gesehen hatte, daß man auf den flüchtenden Kadow schoß, fürchtete ich für mein Leben, wenn ich abgeredet hätte oder selbst ausgerissen wäre. Nach beendeter Prügelei wurde Kadow auf den Wagen geladen. Jurisch hielt ihn für einen sterbenden Menschen und kümmerte sich nicht weiter um den Verletzten."

Das ist der Tatbestand. — Man beachte: hätte der deutschvölkische Herr Bezirksleiter den „verdächtigen" oder „überführten" Kadow g l e i c h in jene Tannenschonung fahren lassen und ihn dort einfach „umgelegt" — das Vorgehen wäre sicher humaner gewesen — aber das Gericht hätte auf „schuldig des Mordes" erkennen müssen. Im umgekehrten Fall, wenn eine revolutionäre Organisation sich auf eine so saubere, glatte Weise eines Spitzels entledigt hätte, wäre auch sicher so erkannt worden. — Hier handelt es sich aber um „Stützen des Staates", die diese famose Organisation gebaut haben. Die meisten von ihnen bleiben auch in dieser Verhandlung noch hinter den Kulissen. Sie begnügen sich, einige dieser entwurzelten Mittelstandsexistenzen, aus denen sich ein großer Teil ihrer Organisation rekrutiert, unter Alkohol zu setzen und das übrige ihrem speziellen völkischen Herrgott und dem „guten" Verständnis ihrer Alkoholisierten zu überlassen. Es wird kaum in ihrem Willen gelegen haben, daß Kadow mit dem Leben davonkommen sollte. So unintelligent sind die Leiter dieser gut ausgebauten Geheimorganisation nicht, daß sie nicht wüßten: **Einen Verräter verprügelt man nicht, man macht ihn unschädlich.** Aber sie konnten sich auf die sadistischen Instinkte ihrer Leute verlassen; sie kannten sie gut und wußten, daß der Blutrausch sie weiter treiben würde; und auch denen wird das Ende wohl schon am Anfang klar gewesen sein. Das „Verprügelndürfen" des Opfers war nur eine Zugabe, die die Organisation diesen Schlageterhelden, die auf Mecklenburger Gütern die deutsche Herrlichkeit wieder aufbauen, schon machen mußte. An derartige „Zugaben" sind diese Landsknechte doch gewöhnt seit dem glorreichen Weltkrieg. — Und wie gut, daß diese kleine Extrabelustigung gestattet blieb! — So konnte man nicht auf Mord erkennen, was vielleicht geschehen wäre, wenn e i n Mitglied der Organisation, evtl. der Herr Bezirksleiter selbst, den Kadow mit einer glatten Kugel erledigt hätte. So war es nur Totschlag. Und die Angeklagten fühlen sich durch das Verhalten des Gerichts zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. So berichtet die bürgerliche Presse:

„Auf die Angeklagten machte das Urteil nur geringen Eindruck. Sie verabschiedeten sich lächelnd von ihren Verteidigern."

Haben gut lachen. Sie wissen, daß ihnen schon zur rechten Zeit eine kleine Amnestie helfen wird. Sie sind ja keine Revolutionäre und sind der Solidarität i h r e r Klasse sicher...

Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!

Alle Macht den Räten!

Diese geschichtliche Abhandlung ist in dem kommenden Wahlkampf eine äußerst scharfe und notwendige Waffe in der Hand eines jeden klassenbewußten Proletariers.

Genossen! Sorgt für weiteste Verbreitung dieser kleinen Schrift.

Preis 10 Pfennig.

Zu beziehen durch die Funktionäre der Partei und AAU.

Aus der Bewegung

Berlin-Brandenburg

In Stendal hatten zum 14. März die KAP. und AAU. eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Parlamentarismus oder Revolution" einberufen. Unser Redner erklärte den Anwesenden die Todeskrise des Kapitals. Er wies nach, daß alle Versuche der Bourgeoisie aller Länder nebst ihrer Lakaien, diese Kriese zu überwinden, schmählich gescheitert sind, im Gegenteil, die Krise nur noch verschärft haben. Bei der Frage des Parlamentarismus stellte er das vollständige Versagen dieser Institution in allen geschichtlich entscheidenden Augenblicken dar. Im engen Zusammenhang damit verurteilte er die verbrecherische Taktik der Gewerkschaften aller Richtungen, wie auch die der scheinradikalen Eroberungspolitiker mit ihren reformistischen Parolen, Kampf um Friedenslöhne und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß usw.

Der Referent wies darauf hin, daß die einzige von der Geschichte verlangte Lösung im Sturz des kapitalistischen Systems liegt und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats eine eherne Notwendigkeit ist. Dazu ist es notwendig, die Parlamentswahlen zu sabotieren und sich in den Betrieben als Klasse zu organisieren und den Kampf aufzunehmen für die revolutionären Räte, als Träger der Diktatur des Proletariats. Darum nicht Wahlkampf, sondern Klassenkampf lautet die Parole.

In der Diskussion sprachen drei Genossen der KPD., die erst die Ausführungen unseres Redners unterstrichen, doch dann noch folgendes einzuwenden hatten. Sie konnten es nicht verstehen, daß die Stendaler Arbeiter noch nicht so weit seien, daß es auch hier die kleine KAPD. versuchen könne, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben. Die KAPD. sollte doch nun endlich Vernunft annehmen und sich mit der KPD. vereinigen, **dann würden mit den ehrlichen Genossen der KAPD. die Gewerkschaften bald erobert sein.** Des ferneren wurde betont, weil eben die Massen noch nicht so weit sind, müssen wir alle Institutionen des kapitalistischen Staates benutzen, um ideologisch (dies Wort wurde so oft benutzt) auf die Massen einzuwirken. Dann muß es doch endlich den vereinten Parteien (KPD. und KAP.) gelingen, die acht (?) Millionen Proletarier, die heute noch in den Gewerkschaften sind, für die Revolution zu gewinnen. Dazu sind die Wege, die die KPD. gezeigt hat, besser als die der KAPD. usw.

Unseren Redner war es zum Schluß sehr leicht, auf das verworrene Zeug zu antworten, vor allem, den revolutionären Parlamentarismus ins rechte Licht zu rücken. (Böttchers berühmtes „auf die Barrikaden steigen" usw.)

Wir aber rufen auch den Stendaler Arbeitern zu, erst Klarheit über den Weg, dann Einigkeit. Wenn dies das Proletariat nicht erkennen will, wird es den Leidenskelch bis zur Neige leeren müssen.

Radio und Klassenkampf

Radio ist jetzt das Tagesgespräch der Welt. Die meisten Menschen nehmen nun an, es sei eine neue Erfindung. Dem ist aber nicht so. Daß jetzt das Radiofieber auch auf Deutschland übergesprungen ist, liegt nur daran, daß im Herbst vorigen Jahres der Unterhaltungsrundfunk auch in Deutschland staatlich erlaubt wurde und ein großer Kreis von Interessenten entstand. Und der Ton macht die Musik.

Nicht nur im Weltkriege, nein, schon beim Massenabschlachten der Hereros in Deutsch-Südwestafrika vor nahezu 20 Jahren wurde die drahtlose Telegraphie und Telephonie in ausgedehntem Maßstabe verwendet. Man überbrückte schon damals Entfernungen von 200—300 km (entspricht der Entfernung Berlin—Hamburg). Seitdem sind nur verschiedene, zum Teil allerdings grundlegende, Veränderungen und Verbesserungen hinzugekommen. So sehr gut durchgebildet das Radio auf der einen Seite schon ist, so sehr steckt es auf der anderen Seite noch in den Kinderschuhen. Man steht noch vielen Erscheinungen, z. B. der Tatsache, daß der Empfang an einem Ort, ja, in einem Zimmer gut ist, im anderen nicht; daß es gewissermaßen Löcher in der Luft gibt, ohne eine Erklärung gegenüber usw. Selbst ein wirklich guter Lautsprecher muß erst noch gefunden werden. Neuland überall, wo es noch viel zu erforschen gibt.

Radio gleich Rundfunk heißt wörtlich Strahl. Es hat mit Radium aber nicht das geringste zu tun. Es beruht auf der Erscheinung, daß die Elektrizität sich strahlenförmig oder vielmehr wellenförmig im Raum verbreitet; ähnlich wie die Lichtstrahlen. Wellenbewegungen als solche kennen wir verschiedene. Die bekanntesten sind die Wasserwellen, die sich mit einer Geschwindigkeit von drei Viertel Meter bis 24 Meter in der Sekunde weiterbewegen und die Schallwellen, die sich mit einer Geschwindigkeit von 333 m in der Sekunde fortpflanzen. Die Elektrizität aber verbreitet sich, genau wie das Licht, mit einer Geschwindigkeit von 300 000 km in der Sekunde achtmal rings um die Erde; eine Geschwindigkeit, die wir uns faßbar überhaupt nicht vorstellen können.

Die Schallwellen sind Wellenbewegungen der Luft. Da die elektrischen und die Lichtwellen eine Geschwindigkeit haben, die eine Million mal größer ist als die der Schallwellen, so hat man angenommen, daß als Träger der elektrischen und der Lichtwellen ein Stoff fungiert, der ungeheuer fein ist, mit den Sinnen gar nicht wahr genommen werden kann, der alle, auch die festeste Substanz durchdringt; der gewissermaßen der Urstoff selbst ist, ganz fein, unwägbar leicht. Auf dieser Voraussetzung, für die niemals ein anderer als ein Wahrscheinlichkeitsbeweis erbracht werden konnte, baute die weitere Forschung auf und gelangte zu den wunderbarsten Ergebnissen. Man konnte genau die Länge jeder einzelnen Welle berechnen usw. Aber wie es immer ist, es gibt keine endgültige Wahrheit. Ein jedes „Naturgesetz" führt den betr. Wissenszweig zu ungeahnter Höhe. Dann tritt ein Moment ein, wo das System abgeschlossen scheint. Es beginnt zu versteinern. Weiterer Fortschritt tritt nur ein, wenn von außen her wuchtige Schläge gegen das festgefügte, steinerne Gebäude geführt werden, bis es zusammenstürzt. Die Repräsentanten des alten Systems scharren sich verzweifelt zum Abwehrkampfe zusammen. Aber das Neue, zunächst noch bespöttelt, dann bekämpft, bricht sich siegreich Bahn. Die These hat sich überlebt, die Antithese beginnt sich auszuwirken. Und wenn dann sich allmählich die Wogen des Kampfes glätten, ist aus der Vereinigung der These und der Antithese in hellem Glanz die Synthese hervorgegangen, der Menschheit weiter den Weg beleuchtend, bis sich das Spiel wiederholt, und die zur These gewordene Synthese auch wieder den Weg des Vergänglichen geht. In derartigen dialektischen Kurven windet sich alles Weltgeschehen.

So auch in unserem Fall. Nur durch die Annahme eines Grundstoffes, des Aethers, konnte das stolze Gebäude der Lehre von den Strahlungserscheinungen, von den Atomen und Elektronen aufgestellt werden. Der große Revolutionär des Gebäudes der klassischen Mechanik, Einstein, legte auch hier seinen prüfenden Maßstab an, und siehe da, es stimmte nicht mehr. Einstein wies nach, daß es einen, wenn auch noch so feinen, materiellen „Aether" überhaupt nicht geben könne. Und das ganze Gebäude krachte in seinen Fugen.

Auch hier gibt es noch viele Verteidiger des Alten, die im „Aether" den Träger der elektrischen Wellen und der Lichtstrahlen sehen, weil Einstein wohl das Alte angegriffen hat, die Antithese aufstellte, aber nichts Neues an seine Stelle zu setzen vermochte. Die Synthese harrt noch der Lösung. Es gibt aber noch etwas anderes, das Einstein recht gibt: Die Wellenbewegungen des Wassers werden nach der Tiefe, d. h. mit steigendem Wasserdruck und damit steigender Dichtigkeit des Wassers, immer schneller. Ferner pflanzt sich der Schall im Wasser viermal schneller fort als in der Luft und in Eisen gar viermal schneller als im Wasser und 16mal schneller als in der Luft. Also: je dichter die Materie, desto schneller die Verbreitung der Wellen. Danach könnte also niemals ein Stoff Träger der elektrischen und der Lichtwellen sein, der dünner, leichter und feiner ist als Luft, sondern entweder ein Stoff, der noch über 60 000mal dichter und fester ist als Eisen, oder — überhaupt keine Materie. Die Basis fiel also, der Ueberbau aber bleibt bestehen und wartet darauf, daß wieder eine neue Basis untergeschoben wird. Auf die These ist die Antithese gefolgt; die Synthese muß sich erst noch herausbilden.

Die Lichtstrahlen unterscheiden sich von den elektrischen Strahlen (Wellen) nicht durch ihre Schnelligkeit, mit der sie den Weltraum durcheilen, — beide haben eine Geschwindigkeit von 300 000 km pro Sekunde — sondern durch die Länge ihrer einzelnen Wellen. Die elektrische Wellen sind pro Welle lang von 4 mm bis zu 30 km. Beim Radio arbeitet man mit Wellenlängen von 50 m bis zu 3 km (die Welle des Berliner Voxhauses ist 415 m lang), bei der drahtlosen Telegraphie mit solchen von 2—23 km. Die Lichtwellen dagegen sind nur 0,0004—0,0008 mm lang. Die elektrischen Wellen werden also in der Sekunde 100 bis 600 Millionen Schwingungen haben, die Lichtwellen dagegen 390—758 Billionen Schwingungen. Außer diesen beiden Strahlenarten gibt es noch eine ganze Reihe anderer Strahlenarten, deren Bedeutung im einzelnen noch gar nicht richtig geschätzt werden kann, die aber alle mit 300 000 km Geschwindigkeit pro Sekunde durch den Raum eilen. Da wären zu nennen die Wärmestrahlen mit einer Wellenlänge von 800millionstel Millimeter bis zu Sechzehntel Millimeter; die ultravioletten Strahlen, die 0,0001 bis 0,0003 mm pro Welle lang sind; die Röntgenstrahlen die gar eine mittlere Wellenlänge von nur 3milliardstel Millimeter haben, und von denen 3 Trillionen in der Sekunde erzeugt werden; die y-Strahlen des Radiums, von denen 10 Trillionen pro Sekunde hinausgeschleudert werden und die Od-Strahlen und die N-Strahlen, die noch unter der Grenze der y-Strahlen liegen. Bei diesen Zahlen kann selbst der deutsche Prolet, der durch die Inflation doch wirklich gelernt hatte, mit phantastischen Zahlenbegriffen umzugehen, nicht mehr mit.

(Fortsetzung folgt.)

Bolschewistisches Subatowtum*)

(Neue Konflikte zwischen Arbeit und Kapital in Rußland.)

Zwei Jahre schon „beweisen" die bolschewistischen „Theoretiker", daß sie auf dem Schiff der Nep — die neue ökonomische Politik — die Ufer des ersehnten Landes des Kommunismus erreichen werden. Zwei Jahre schon versichert die bolschewistische Presse das internationale Proletariat von dem wunderbaren, von der Nep gebrachten, Blühen und Gedeihen des russischen Arbeiters. Die von der III. Internationale bezahlte Presse unterstützte mit aller Kraft diese Legende. Die Schüler Lenins bewunderten sein Genie: Wie konnte er die „geniale" Idee haben — über die Nep den sozialen Frieden unter die Bauern, Arbeiter und Nepbourgeoisie herzustellen und die Brücke zu bauen, die von dem kleinbürgerlichen, barbarischen Rußland aus ins Land des Kommunismus führt! Es fehlte nur eins: Der entsprechende Name für diese „neue" gesellschaftlich-ökonomische Form. Das Wort „Staatskapitalismus" kitzelte etwas die Arbeiterohren. Und Lenin und der kleinste Bolschewik, bis zum letzten Journalist, hatten die Aufgabe einen besseren dem Zwecke entsprechenden Namen zu finden. Vergeblich! Die menschliche Sprache hat sich als unvollkommen erwiesen: Es fehlt die Benennung dieses „neuen" Systems.

So war es zwei Jahre ... Das dritte Jahr der bolschewistischen Nep („neuen ökonomischen Politik) aber ist von Ereignissen begleitet, die ihren — der Nep — wahren Charakter klar offenbaren. Rußland erlebt eine schwere ökonomische Krise, die sich in nichts von den kapitalistischen Krisen unterscheidet: Auf der einen Seite Ueberproduktion, auf der anderen — Millionen Arbeitslose und miserable Arbeiterlöhne. Der Vorhang fällt. Die von der III. Internationale bezahlte Presse spricht nicht von der kapitalistischen Hölle in Rußland. Sie schweigt. Statt ihr aber spricht das russische Proletariat. Es erhebt schon eine Kampffront gegen den russischen Staats- und Privatkapitalismus und dadurch gegen die bolschewistische Politik des Exploitierens und Unterdrückung des Proletariats durch die Nep.

In den Monaten Juli, August und September vorigen Jahres erlebte Rußland eine bis dahin nicht gesehene Periode von Massenstreiks und Arbeiterunruhen. Moskau, Charkow, Sormowo u. a. waren ihre Zentren. Die Ursachen waren verschiedenartig: Seit Monaten nicht ausgezahlter Arbeitslohn, niedrige Löhne, schamlose Abzüge für die Staatsanleihen, Ausschreitungen der bolschewistischen „roten" Diktatoren usw. Die bolschewistische Partei konnte einstweilig durch Versprechen und Polizeimaßnahmen dieser proletarischen Gefahr Herr werden. Das Monopol über die Presse und ihre eigene unbeschränkte Diktatur ausnutzend, verbarg sie diese Bewegung vor den Augen des europäischen Proletariats. Nicht aber lange. In dem ausgebrochenen Streit in der bolschewistischen Partei und der mit ihm verbundenen Diskussion im November—Januar, waren die bolschewistischen Führer und die Presse gezwungen die Wahrheit zu sagen.

„Das Erste und das Grundlegende — sagt Kameneff — was den ZA. der Partei zwingt, den krankhaften, in unserer Mitte ausgebrochenen Ereignissen mehr Achtung zu schenken, liegt in Ereignissen, die außerhalb der Partei, aber inmitten der Arbeiterklasse, stattgefunden haben. Wir hatten im Juli und August überaus alarmierende Erscheinungen innerhalb der Arbeiterklasse, die nicht ohne Aufmerksamkeit seitens der zentralen Institutionen bleiben konnten. **Wir haben die Periode der Streiks erlebt** ... in Moskau, Charkow, Sormowo u. a. ..." (siehe „Prawda" Nr. 283, 13. Dezember 1923).

Die letzten Zeitungen aus Rußland zeigen, daß die leeren Versprechen und polizeilichen „Maßnahmen" die Empörung des Proletariats nicht für lange bändigen können. Das Ende des Januars und der Anfang Februar waren mit neuen Konflikten begleitet — und diesmal im industriellsten Teil Rußlands — im Dongebiet, wo sich ungefähr 200 000 Arbeiter konzentrieren.

Hier drucken wir zwei Dokumente aus „Prawda" (Nr. 47, 27. Februar 1924) ab.

Wolken, vielleicht aber Sturm.

Ueber den Staatsbetrieb und die Grube in Jusow hängen Wolken, die Wolken wachsen und umfassen alle in „Jügostal" eingegliederte industrielle Unternehmungen. Die Mokeewschen Betriebe und die Gruben sind in eine Konfliktlage geraten, deren Frist am 4. Februar abläuft. Die Jusow'schen Betriebe und Gruben erklären zum ersten Male in den sechs Jahren proletarischer Diktatur den Konflikt, und nach dem Konflikt — Streik. Wie steht die Sache und was die örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gezwungen, solche Maßnahmen zu ergreifen. **Das zu machen zwang sie eine alte, aber kranke Frage, die Frage von der unregelmäßigen Lohnauszahlung, die zurzeit seit anderthalb Monaten und manchmal seit zweieinhalb Monat stockt.**

Warum gab es damals nicht Konflikte? Die Sache steht so: Unlängst war im Dongebiet der Genosse Jaroslawski, die Aufgabe bei seiner Ankunft war die Klärung der Lage, in der sich die Arbeiter befinden. Er war in Jusow, untersuchte die Jusow'schen Betriebe und Gruben. Der Genosse Jaroslawski und die Kommission fanden die Zellen und die Gewerkschaftsorganisationen in befriedigender Lage, nach Bestand sowie nach Leistung. Schlecht war es nur in der Wohnungsfrage und der unregelmäßigen Lohnauszahlung. Diese zwei kranken Fragen — nach den Worten des Genossen Jaroslawski — „werden in der nächsten Zeit durch die Maßnahmen, die der ZA. der KPR. ergreifen wird, vollständig erledigt."

Und tatsächlich, die Wirtschaftsorgane erledigen schon die Wohnungsfrage. Nach der Abreise des Genossen Jaroslawski findet die Lohnauszahlung fast regelmäßig statt. Die Arbeiter haben eingesehen, daß nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat, daß der Genosse Jaroslawski Recht hat, als er sagte, die Frage wird man erledigen. Wiederum entflammte die Hoffnung, daß die Lohnauszahlung künftig sich nicht verspäten wird.

Diese Hoffnung wurde aber nicht bestätigt. Und nun diese paarmal regelmäßigen Auszahlungen mit dem Versprechen des Genossen Jaroslawski gefielen den Arbeitern und nach dem Süßen wirkt das Bittere nicht besonders gut.

Deswegen nämlich nimmt der Konflikt eine drohende Form an." W. Morosow.

Auf diese Korrespondenz antwortete der Sekretär der boschewistischen Kontrollkommission E. Jaroslawski folgendermaßen:

„Man muß nicht stürmen — das wäre ein Schlag gegen die Arbeiter selbst im Dongebiet.

(Zu der Korrespondenz des Genossen Morosow.)

Seit unserer Abreise aus dem Dongebiet geht die Frage von der Verbesserung der Lage der Donarbeiter nicht aus der Tagesordnung. Unsere Partei, der höchste Wirtschaftsrat, der Staatsapparat, das Kommissariat für Finanzen und dieses für die Ernährung, — alle sind herangezogen um die Lage zu verbessern. Die ganze Sache liegt aber darin, daß man alles das nicht in einer so kurzen Frist erledigen kann. Denn in bedrängter Lage sind auch die Arbeiter im Ural und die Transportarbeiter. Man muß — wie es die KPR., der Gewerkschaftsbund und der Rätekongreß richtig beschlossen haben — den Arbeitslohn erhöhen, den niedrigsten nicht nur nach den Zweigen der Produktion heranziehend.

Der Hindernisse sind viel, das heißt aber nicht, daß man die Augen zumachen soll. Vieles ist aber schon geleistet. Das Wichtigste, das sind die Maßnahmen für den Absatz der Kohle, für die Verbesserung der Genossenschaften, für die Sicherstellung einer festen Valuta. Nur die Blinden sehen nicht, daß sich die Lage verbessert hat. **Deswegen wäre der Sturm, von dem der Genosse Morosow spricht, ein Sturm vor allem über die Arbeiter selbst.** Sie finden in sich selbst genügend Bewußtsein um das nicht zuzulassen. Das Schwerste haben wir schon überlebt. In den schwersten Verhältnissen, vielmehr schwerere als diese von heute, haben wir ausgehalten. Man muß den Erfolg nicht herunterreißen. Deswegen — darin bin ich sicher — die Jusow'schen Genossen werden auch diesmal einsehen, daß **die Interessen des ganzen proletarischen Staates, der ganzen Arbeiterklasse über die Interessen der einzelnen Gruppen stehen müssen und daß ein zähes Aushalten und größeres Vertrauen Not tut.**

Die Korrespondenz des Genossen Morosow von „Jügostal" war am 1. Januar 1924 geschrieben. Durch die Maßnahmen, die wir hier im Zentrum ergriffen haben, ist die Schuld des „Jugostal" getilgt und der Arbeitslohn ausgezahlt. Wir sind überzeugt, daß solche ungleichen Gänge immer weniger und weniger werden und es wird uns gelingen, sie vollständig zu überwinden. Jaroslawski."

Daraus kann der Leser sehen, wie die „Arbeiter"-presse der Bolschewiki ihre Leser über die Lage der Arbeiterklasse informiert. Die Korrespondenz ist am 1. Februar geschrieben und am 24. Februar veröffentlicht. Wir unterlassen die Versicherungen der bolschewistischen Bürokraten von den großen Sorgen, von der „Verbesserung" der Lage — wir unterlassen sie, weil sie keinen Wert haben. Sie sind gewöhnlich amtliche Mitteilungen und Lüge. Es genügt in der bolschewistischen Presse nicht in den letzten Monaten, sondern in den letzten Jahren hineinzugucken um sich zu überzeugen, daß die Arbeiter im Dongebiet immer mit Versprechungen genährt wurden. Die Partei und alle Staatsorgane sorgen ununterbrochen — und trotzdem verschlechtert sich die Lage der Arbeiter. Das Kapital, abgesehen davon ob es Staats- oder Privatkapital ist, abgesehen davon, ob Mac Donald sein Agent oder die bolschewistische Partei es ist. — Das Kapital sorgt erst dann für seine Sklaven, wenn sie in Kampffront den Kopf erheben. Das beweist die Antwort des Herrn Jaroslawski.

Mag die Wirklichkeit unter der Feder des Parteiagenten entartet erscheinen, das erste Dokument genügt um die Ursachen des Konfliktes, seine Formen, sowie die bisherigen Methoden für seine Erledigung — das Versprechen — einzusehen. Darin können aber die deutschen Arbeiter das Subatowtum in der bolschewistischen „Arbeiter"-politik sehen. Nach der Korrespondenz ist der Konflikt von den „örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganen" geleitet. Warum ist es aber notwendig für die örtlichen bolschewistischen Organe einen „Kampf" zu führen? Wogegen führt man diesen Kampf? Diese Betriebe sind Staatsbetriebe und von der bolschewistischen Partei geleitet. Der Staat ebenso. Wie können die bolschewistischen Organe einen Kampf gegen sich selbst führen? Für die deutschen Arbeiter scheint das sinnlos und unzulässig. Hier haben wir aber nicht Unzulässigkeit und Sinnlosigkeit, sondern eine reale Politik, die die russische Arbeiterbewegung noch seit der Zeit Subatows kennt.

Zwischen den Interessen des russischen Staatskapitalismus, der bolschewistichen „Arbeiter"-regierung, die nichts anderes als ein Großkapitalist ist, einerseits und den Interessen des russischen Proletariats anderseits bestehen ungangbare Gegensätze. Gegensätze zwichen Arbeit und Kapital, zwischen Ausbeuter und Ausgebeutete. Dadurch treten die bolschewistische Partei und ihre Gewerkschaften, die nur Agenten der Politik dieser Regierung sind, unvermeidlich in Konflikt mit der Arbeiterklasse. Dann nimmt der Kampf gegen den Staatskapitalismus die Formen eines Kampfes gegen die bolschewistische Partei und ihre Gewerkschaften an und damit gräbt man unter den Säulen der bolschewistischen „Arbeiter"-regierung. Deswegen nehmen die Bolschewiki die Methoden des Zarensubatowtums an. Die Staatsmacht und die Großindustrie besitzend führen sie Antiarbeiterpolitik; um nun aber nicht das letzte Tröpfchen Einfluß über das Proletariat zu verlieren und sich der unangenehmen

*) Subatow war Agent der russischen Zarenregierung. Als sich die letztere überzeugte, daß sie mit Terror gegen die Arbeiterbewegung nicht mehr kämpfen kann, gab sie ihm den Auftrag Gewerkschaften zu organisieren, die die Streiks leiten sollen um dadurch den Einfluß der revolutionären Organisationen abzuschwächen und zu beseitigen. Daraus das Wort Subatowtum.

Der 18. März gehört den Opfern der Revolution!

„Nicht in seinen unmittelbaren tragikomischen Errungenschaften brach sich der revolutionäre Fortschritt Bahn, sondern umgekehrt: in der Erzeugung einer geschlossenen mächtigen Konterrevolution, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklich revolutionären Partei heranreifte ..."

Dies schrieb Marx in seinen „Klassenkämpfen" über die Februarrevolution in Frankreich. Es ist dies auch das abschließende Urteil über die bisherige Epoche deutscher Revolution, die wir seit dem November 1918 hinter uns haben. Von „unseren Errungenschaften" im November 1918 kann man allerdings nicht viel reden, sie sind zerschmolzen wie Schnee in der Märzensonne. Aber in Kämpfen, die sich den Pariser Schlachten von 1848 und 1871 an die Seite stellen können, hat das deutsche Proletariat die Bourgeoisie gezwungen, ihre Kräfte zu mobilisieren, ihre ganze Niedertracht, Rachsucht und Brutalität zu entfalten, um Herr zu bleiben. Und weil die Bourgeoisie gezwungen wurde, ihre ganze Klassenmacht gegen das revolutionäre Proletariat aufzubieten, darum steht heute in Deutschland auch nur noch die Machtfrage zur Debatte. Darum auch die Scheu auf beiden Seiten zu dem Schlage auszuholen, der entscheidend sein muß. Aus der Tatsache heraus, daß die deutsche Bourgeoisie heute zu einer Katastrophenpolitik gezwungen ist, die ihr die innere Geschlossenheit und das Kraftbewußtsein raubt, erwächst uns aber auch die Zuversicht, daß das Proletariat in Kürze zu den Kämpfen gezwungen werden wird, wo es sich für die Arbeiterklasse um Sein oder Nichtsein handeln wird.

Nur wenn wir wie Marx den revolutionären Kampf als ein Ringen auf Tod und Leben der beiden Klassen auffassen, in das die alte Klasse ihre letzten Kräfte setzt, nur dann kann man die Situation erfassen, wie wir sie seit 1918 erleben. Das revolutionäre Proletariat Deutschlands hat in diesen sechs Jahren unerhörte Opfer der Revolution dargebracht. Den Zug der Opfer eröffnet der tapfere Matrose Reichpietsch mit seinen Genossen, die 1917 die Revolutionierung der Flotte begannen und dafür standrechtlich erschossen wurden. Ihnen folgten die Gefallenen der Novemberaufstände. Wenige waren es, die der kampflos kapitulierende Gegner noch niederstreckte. Es war, als sollte die Arbeiterklasse durch diese Opfer davor gewarnt werden, sich allzu trügerischen Illusionen hinzugeben über das, was erreicht sei und was die Zukunft bringen werde. Denn einen Monat später, am 6. Dezember 1918, setzte die Konterrevolution ein, unter Führung der Ebert, Scheidemann, Haase. Die Republik zeigte ihre Bourgeoisfratze, indem sie Proletarierleichen aufs Pflaster warf. Und nun folgte Schlag auf Schlag. Die blutige Weihnacht 1918 brachte noch einen Sieg der roten Matrosen. Er wurde ertränkt in den Greueln der Januartage, in denen das deutsche Proletariat neben hunderten tapferer Revolutionäre seine Besten hingab: Karl und Rosa.

Die Provokation, die zum Januarkampfe führte, war für die Ebert-Scheidemann-Noske noch ein va-banque-Spiel gewesen. Ihren Sieg nützten sie aus zur planmäßigen Schaffung einer konterrevolutionären Macht. Die Freikorps und Selbstschutzverbände wurden gebildet. Sie zerfleischten den Körper des Proletariats. Spartakus wurde gejagt wie Freiwild. Kopfpreise wurden ausgesetzt. Der März 1919 wütete unter den Proletariern und den Resten der roten Soldaten in Berlin. Das waren die Tage des Mordbefehls Noskes, dem die 32 Matrosen zum Opfer fielen, und ungezählte andere. Leo Jogiches, der Organisator der Revolution, wurde ermordet. Die „Ordnung" tobte sich aus in Braunschweig und Bremen, in Mitteldeutschland und an der Ruhr, in Baden und an der Ostsee. Bis in den Sommer hinein raste die weiße Bestie. Der Ausnahmezustand war die einzige Verfassungsgarantie in der „Republik mit der freiesten Demokratie der Welt." Bei jedem winzigen Streik sogar wurden die Maschinengewehre aufgefahren. Noske war der Trumpf der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Noske, der Mann mit der brutalen, niederen Stirn und der plumpen Faust mit der er „den Arbeitern die Knochen im Leibe zerbrechen will". Den großen Feldzügen gegen die Arbeiterschaft folgte eine Serie von Einzelermordungen, die wiederum überleitete zu der Bluttaufe des berüchtigten Betriebsrätegesetzes vor dem Reichstage im Januar 1920.

Fünfzehntausend Proletarier sind in diesem Zeitabschnitt zur Strecke gebracht worden. So hat Noske selbst seine Blutarbeit gerühmt. Dann kam das Massenabschlachten des Kapp-Putsches, wo die Soldateska, die blutgierigen Baltikumer, die monarchistischen Studenten auf die Arbeiter losgelassen wurden, die eben die „Republik gerettet hatten". Das Ruhrgebiet, Pommern, Thüringen, Halle und Sachsen düngten den Boden mit Arbeiterblut. Es folgte wieder eine Periode, wo die gewaltsame Unterdrückung jedes Streiks auf der Tagesordnung stand und schließlich folgte das Gemetzel vom März 1921 in Mitteldeutschland, das mit raffinierter Berechnung von Severing provoziert worden war. „Der erste Tag muß blutig sein!" Das war sein Befehl, den er den weißgardistischen Offizieren gab und dem diese nachkamen mit Landsknechtstreue.

Wer zählt die Opfer, die nachdem noch gefallen sind bis heute! Eine Armee revolutionärer Kämpfer hat das deutsche Proletariat auf den Schlachtfeldern zurückgelassen. In jeder Stadt fast hat es seine heiligen Gräber gedeckt mit den roten Schleifen. Zu diesem Wunden kamen die Ketten, zum weißen Schrecken die weiße Justiz. Kriegsgerichte, Standgerichte, Volksgerichte, Sondergerichte — sie haben Urteile gespien wie die Maschinengewehre. Todes- und Zuchthausurteile gegen Abertausende. Unerhört sind die Gefängnisgreuel, durch die Revolutionäre planmäßig zermürbt werden. Wer zählt die Jahre, die deutsche Proletarier hinter Kerkermauern verbracht haben und noch verbringen? Wer wägt die Leiden, die hier stumm gebracht werden? Und wer gedenkt des Hungers der Abertausende von Frauen und Kindern, denen der Vater durch das Blei und die Kette genommen wurde — des Hungers?

Der Gedanke an die Leiden der eingekerkerten Revolutionäre ist schrecklich. Sind es doch gerade die tatkräftigsten und tapfersten Proletarier, die in der Gefängnisatmosphäre verkommen, gerade sie, deren glühende Herzen sich am stärksten sehnten nach der Befreiung vom kapitalistischen Joch; gerade sie, die Tatendrang und sozialer Idealismus nicht rasten ließen und deren Tätigkeit für die Sache der Revolution das höchste Lebensbedürfnis war. Aber alles dies ist nicht das Schlimmste. Wenn wir ihnen die Gewißheit geben können, das wir mit ihnen leiden, das wir sie nicht aufgeben, sich um ihre Angehörigen ihre Frauen und Kinder kümmern, daß wir den Kampf um das große Ziel weiterführen auch ihretwegen, — so ist dies für unsere gefangenen Kampfgenossen eine Genugtuung.

Schlimm ist es jedoch, wenn diese Ueberzeugung den in Gefängnissen Schmachtenden gegenüber fehlt. **Und das ist leider heute der Fall.** Es gibt heute in den Massen leider kein starkes, lebendiges Mitgefühl für die politischen Gefangenen. Es gibt heute kein unaufhörlich brennendes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit den Gequälten, kein unruhiger Gedanke, der die Herzen nicht schlafen läßt. Die Massen schlafen, deshalb fehlt dies Sichverbundenfühlen, Sicheinsfühlen mit den politischen Gefangenen. —

Aus den Grüften und den Kerkern erschallt die Stimme der Revolutionsopfer: Arbeiter! Genossen! Denkt Ihr noch an uns? Werdet Ihr den Unsrigen helfen und damit beweisen, daß du uns und unsere große Sache nicht vergessen hast? — Das darf nicht sein! —

Der 18. März soll dem Proletariat der Tag sein, an dem es sein Kampfgelübde erneuert und den Genossen, die in den Kerkern schmachten, zuruft: Wir haben euch nicht vergessen, wir geloben den Kampf fortzuführen bis zur endgültigen Befreiung. Es kann keine Kampfpause geben, sondern rücksichtslosen Kampf!

Genossen!

Denkt an die politischen Gefangenen,

an die flüchtigen, im Lande umherirrenden, verfolgten Revolutionäre, denkt an deren Familien, die in bitterster Not sind. Wohl lastet der Druck der Zeit sehr schwer auf jeden einzelnen, doch die Pflicht verlangt es. Noch können wir nur mit Geld helfen.

Denkt daran bei Lohnzahlungen, bei Zusammenkünften, bei Versammlungen.

Sammelt!

Vereinigte revolutionäre Unterstützungskommission

Lage zu entziehen falls der Kampf gegen sie selbst gerichtet wird, schicken sie ihre Agenten, um die Führung dieses Kampfes zu übernehmen.

Von dem Wunsche geleitet, ihre Partei elastisch und zum Sabotieren fähig zu machen, redet schon der ZA. der bolschewistischen Partei von der sogenannten Demokratie in der Partei. Wir haben aber das Geständnis Kamenews gelesen, daß „das erste und grundlegende Ereignis, das den ZA. gezwungen hat mehr Interesse den krankhaften, in der Mitte der Partei, ausgebrochenen Erscheinungen zu schenken, in den Ereignissen besteht, die außerhalb unserer Partei, aber inmitten der Arbeiterklasse stattgefunden haben, das heißt die Streiks in Moskau, Charkow u. s." Und der größte Sophist kann nicht beweisen, daß aus der Tatsache, daß die Arbeiter außerhalb der bolschewistischen Partei wegen niedriger Löhne und zu später Auszahlung streiken, eine Notwendigkeit von Reformen in der Partei selbst als Folge kommen kann. Die einfache menschliche Logik besagt, daß wenn es notwendig ist „die äußerst drohenden Erscheinungen" zu überwältigen, die „außerhalb der Partei" ausbrechen, so soll man Reformen in der Lage der Arbeiterklasse selbst unternehmen, nicht aber solche in der Partei. Die einfache menschliche Logik und diese der bolschewistischen Politik sind zwei verschiedene Dinge. Die Bolschewiki wissen es wohl, daß die Liquidation der „äußerst drohenden Erscheinungen inmitten der Arbeiterklasse" durch die Beseitigung der Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital, durch die Liquidation der Nep führen muß. Das ist aber schon eine Existenzfrage für die bolschewistische Parteimacht (Arbeitermacht genannt, sowie Mac Donalds Arbeitermacht). Die bolschewistische Aristokratie ist fest entschlossen, die Macht für sich zu behalten. Deswegen empört sich die Arbeiterklasse gegen ihre Politik. Wohlwissend, daß sie (die bolschewistische Aristokratie) die Arbeiter nicht befriedigen kann, verfeinert sie ihren Spitzel- und Polizeiapparat und richtet ihre Aufmerksamkeit auf die Defekte des eigenen Unterdrückungsapparates.

Fortsetzung folgt.

Ausland

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Konjunkturumschwung — Lohnsenkung?

Der in den Vereinigten Staaten langsam, aber dennoch ständig fortschreitende Konjunkturumschwung wirft schon für die Arbeiter sein Schatten voraus. So prophezeit das amerikanische statistische Büro Babson in einem Sonderblatt für Unternehmer im Jahre 1924 niedrige Löhne in Amerika wie 1923. Hieraus wird folgendes ausgeführt: „Wir glauben, daß die Arbeitslöhne auf ihrem Höhepunkt angelangt sind. Im Jahre 1924 wird sich deren Tendenz abwärts bewegen. Wir erblicken darin nicht eine besondere Form des Lohnabbaus, sondern eher eine langsame allgemeine Bewegung zur Senkung der gesamten Lohnhöhe."

Dazu bemerkt „Industrial Solidarity" (das Organ der IWW.): „Schmerzlose Ausplünderung dürfte augenscheinlich die Parole dieser neuen Periode des Lohnabbaues sein. Große Aussperrungen mit allgemeiner Lohnherabsetzung, wie dieses das Jahr 1921 charakterisierten, werden vermieden werden, weil die Unternehmer nicht den „normalen Fortgang" zu stören brauchen, der unter Hardings Präsidentschaft begann und von seinem Nachfolger Coolidge sorgfältig weitergeführt wird. Die neuerdings vorgenommene Konsolidierung des Kapitals wird es befähigen, die Ansicht vom Gedeihen der Wirtschaft aufrechtzuerhalten, während es eine langsame Lohnkürzung durchführt. Dem Durchschnittsarbeiter wird es dennoch fühlbar werden, daß er trotz allgemeinen Wohlstandes in seinen persönlichen wirtschaftlichen Verhältnissen Mangel leiden muß."

Es bestätigt sich also hierbei die marxistische Auffassung und Erkenntnis, daß es die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion ist, den durchschnittlichen Normallohn nicht zu heben, sondern zu senken.

Die Lage der Farmer und die Wirtschaftskrise

Nach den Berichten der Landwirtschaftsabteilungen verschiedener Farmerstaaten wie Indiana, Missouri, Idaho usw. wird die Lage der Farmer gegenwärtig als sehr schlecht bezeichnet und festgestellt, daß viele Farmer vor dem Bankerott stehen. Seit 1920 haben etwa 25 v. H. der Landwirte der 15 größten Getreide anbauenden Staaten Bankerott gemacht und infolgedessen ihren Grundbesitz eingebüßt. Vor dem Kriege betrug diese Zahl knapp ein Viertel davon. Die Verschuldung vieler Farmer ist so groß, daß sie aus Furcht vor einem Prozeß ihren Gläubiger alles freiwillig überlassen. Man rechnet, daß im Jahre 1923 ungefähr 370 000 Farmer auf diese Weise völlig enteignet wurden, die sich natürlich in die Städte zurückzogen, um dort ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Wenn man die gesamten Jahre nach dem Weltkriege in Betracht zieht, so steigt die Zahl der nach den Städten abgewanderten Farmer in die Millionen.

So wird auch infolge starker Steuern und Abgaben der kleine und mittlere Grundbesitz in den Vereinigten Staaten immer mehr von Großgrundbesitz aufgesaugt, das Stadt- und Landproletariat rasch angehenet vermehrt durch die immer stärker anschwellende großkapitalistische Konzentration.

Frankreich

Der bedrohte Achtstundentag

Bekanntlich versucht die internationale kapitalistische Reaktion gegenwärtig einen allgemeinen Sturm auf den Achtstundentag, wobei auch die französischen Arbeiter nicht verschont bleiben. In Frankreich besteht das Gesetz über den Achtstundentag, das immerhin zahlreiche Ausnahmen enthält, seit April 1919. Aber die Unternehmer sind trotz dieser ihnen gewährten Abweichungen vom Achtstundentag unzufrieden, und so hat der Präsident der Pariser Handelskammer am 8. März einem Redakteur des „Matin" (bürgerliche Tageszeitung) folgendes erklärt:

„Um unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern, müssen wir exportieren. Weiter damit wir exportieren können, müssen wir mehr produzieren, und damit unsere Produktion sich vergrößert, ist es durchaus notwendig, daß die Dauer der Arbeitszeit sowohl in der Industrie wie in den Kleinbetrieben und der Staatsverwaltung verlängert wird. Sicherlich würden diese verschiedenen Ursachen nicht eine Frage der Abschaffung des Achtstundentages gewesen sein, aber es wird unerläßlich, neue Modalitäten und Formulierungen daran vorzunehmen, die behördlicherseits Abweichungen von diesem Gesetz gestatten!"

Diese Ansicht, der von der Versammlung der Handelskammerpräsidenten Frankreichs beigepflichtet wurde, ist auch die der Schwerindustriellen und aller anderen Arbeitgeberorganisationen. Damit wird auch in Frankreich der Kampf um die Abschaffung des Achtstundentages mit aller Schärfe einsetzen. — Deutschlands Unternehmertum war eben nur der Vorreiter hierbei.

Die der roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau angeschlossenen kommunistischen Gewerkschaften (OGTU. — Vereinigte Arbeitskonföderation) verkünden jetzt als neuster Programm: „Einstellung der Teilstreiks!", denn mit diesen soll nichts mehr zu erreichen sein. Von 104 Teilstreiks im Jahre 1923 in Paris haben nur etwa 31 ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis gehabt, 73 sind völlig verunglückt.

Die in Frankreich dauernde Steigerung des Lebensunterhalts (nach der amtlichen Indexziffer Ende Dezember 1923 365) hat die Forderung der täglichen 6 Franken-Löhnung zur Linderung und im Anknüpfung an die Tagesnöte bei der kommunistischen Arbeiterschaft erzeugt. Diese soll allerdings durch großzügig angelegte, gut organisierte und ausgedehnte Streiks verwirklicht werden.

Wir glauben kaum, daß das französische Proletariat damit dauernd Erfolg haben wird bei dem immer rascher erfolgenden Zusammenbruch des Kapitals auch in Frankreich.

Wie man für den nächsten Krieg rüstet.

Die Pariser „Journée Industrielle" (Industrielle Tageszeitung) meldet, daß sich eine „Studiengruppe für die wirtschaftliche Mobilisierung" gebildet und ihre Arbeiten in nachstehenden Kommissionen eingeteilt hat:

1. Die erste Kommission hat zur Aufgabe, die Verbindungen mit dem Parlament und den höheren Militärbehörden herzustellen (gesetzgeberische Studien, Vorbereitung der Verwaltungsmobilisation, Verbindungen mit der Presse, mit Wirtschaftsgruppen usw.).

2. Die zweite Kommission ist beauftragt mit Herstellung der Verbindungen zwischen den Ergänzungs-Offizieren (Reserveoffizieren usw. — Sie wird sich gleichfalls mit der Redaktion der Untersuchungsberichte beschäftigen.

3. Die dritte Kommission soll die Beziehung zu den Wissenschaftlern und Laboratorien herstellen (technische Arbeiten und wissenschaftliche Untersuchungen, Zählung und Einteilung der Techniker, Vorbereitung der wissenschaftlichen Mobilisation).

4. Die vierte Kommission betreibt das Studium der landwirtschaftlichen, Handels- und industriellen Fragen, der Rohstoffe und der Lebensmittelversorgung.

5. Die fünfte Kommission beschäftigt sich mit den Fragen der Beförderungs- und Verkehrsmittel in der Luft, zu Lande, mit der Eisenbahn, auf den Flüssen, Wasserstraßen und auf dem Meere.

Hierzu bemerkt das kommunistische Blatt „La Vie Ouvrière" (Arbeiter-Leben) in Paris folgendes: „Diese wirtschaftliche Mobilisation besagt uns nicht, wem sie gilt. Sie hat ein Aussehen nach militärischer Vorbereitung, die nicht allein gegen das, was die Bourgeoisie den „Feind" nennt, gerichtet zu sein scheint, sondern auch gegen das Proletariat, das ein ebenso gefährlicher „Klassenfeind" ist. Also, aufgepaßt!"

Wir haben in unserer Presse wiederholt auf die herannahende neue Kriegsgefahr infolge des Rüstungstaumels der westlichen Siegerstaaten hingewiesen. Diese Meldung kann unsere Meinung und Feststellung dazu nur bestätigen. Nachdem der FrankstURS die französische Arbeiterschaft immer erneut zu Lohnkämpfen zwingt (man „kämpft" jetzt für Erringung eines Tagelohnes von 6 Franken), sind die geschilderten Vorbereitungen der kapitalistischen Regierung infolge der Unruhe in der französischen Arbeiterschaft verständlich.

Canada

Nach einem Bericht des Arbeitsamts der Provinz Britisch-Columbia arbeiten 34 000 Arbeiter mehr als 42 Stunden wöchentlich, 8000 arbeiten 54 Stunden und so fort bis 60, 72, 90 Stunden wöchentlich. Ja in gewissen Fällen hat man sogar eine Wochenarbeitszeit von 91, 94 und 104 Stunden festgestellt.

In Winnipeg hat sich der Unternehmerverband im Verein mit den Unternehmern der Provinz Manitoba an den Justizminister gewandt, um die arbeiterfeindlichen Gesetze zu verschärfen. Man fragt an, ob das Streikpostenstehen gestattete, sofort Maßnahmen gegen die „Roten" zu ergreifen, verlangte, daß diese Frage unverzüglich geprüft würde und der Minister sich damit befasse, was zu geschehen hätte. Augenblicklich richten die Unternehmer ihre Feindseligkeiten besonders gegen den ukrainischen Arbeiterverband (Ukrainien Labour Temple Association). In den letzten Wochen hat die „Free Press" (Freie Presse) der New Yorker Wall-Street (Börse) andere Hetzartikel gegen die genannte Vereinigung veröffentlicht, nach denen die Organisation auf die Vernichtung der bürgerlichen Demokratie Canadas und der Vereinigten Staaten hinarbeiten sollte. Die Anhänger der ukrainischen Arbeiter-Association sind wegen ihrer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung besonders gut bekannt. Wenn es dem Unternehmertum mit Hilfe seines bürgerlichen Selbstschutzverbandes gelänge, die ukrainische Arbeiter-Association zu vernichten, kann es den anderen Arbeiterverbänden ebenso ergehen.

Das Elend der Arbeitslosen.

Schon seit längerer Zeit leiden die Bergarbeiter von Alberta unter starker Arbeitslosigkeit, und tausende von ihnen sind in einer trostlosen Lage. Trotz der durch eine gekaufte Presse verbreiteten Nachricht über den glänzenden wirtschaftlichen Aufschwung, der angeblich in Canada herrschen soll, trifft es nicht weniger zu, daß die großen Städte wie Calgary, Vancouver, Edmonton mit Erwerbslosen überschwemmt sind.

Als sich die Nachricht verbreitete, daß die Gesellschaft der Kohlenbergwerke in Nordegg Arbeitskräfte benötigte, strömten tausende dorthin, wurden aber bald enttäuscht, da es sich herausstellte, da es überhaupt keine Unterkunftsräume und Wohnungen für die Zugezogenen gab. Da die Gesellschaft angeblich nicht genügend Mittel besaß, um Häuser bauen zu lassen, müssen diese ausgebeuteten Proletarier wie die Tiere ihre Nächte im Freien oder in Zelten zusammengepfercht bei den bitterkalten kanadischen Winter verbringen.

Solch ein „Hundeleben" wird den Unternehmern fette Profite abwerfen!

Schweiz

In der Schweiz hat am 17. Februar ein Volksreferendum (Abstimmung) über die Frage der 48-Stunden-Woche stattgefunden. Jede Abänderung des gegenwärtigen Fabrikgesetzes ist mit 433 589 gegen 317 598 Stimmen abgelehnt worden.

Wie man sieht, die deutsche Arbeiterbewegung ist nicht mehr in der Welt voran!

Ostindien

Die französischen Behörden der ostindischen Kolonie Pondicherry haben unter dem Druck der britischen „Arbeiterregierung" aus ihrem Gebiet, indische Nationalisten, die als politische Flüchtlinge auf französischem Gebiet Zuflucht suchten, ausgewiesen. Zwanzig Jahre hindurch hat dieses Asylrecht für indische politische Flüchtlinge in den französischen Besitzungen Ostindiens bestanden. Jetzt hat man es für diese unglücklichen Opfer britischen Terrors aufgehoben und sie dadurch praktisch für vogelfrei erklärt. Sie wollen versuchen, wegen Verweigerung dieses international geübten Brauches und Rechtes der französischen Regierung und Oeffentlichkeit vorstellig zu werden.

Ungarn

Aus Budapest wird berichtet, daß die Arbeitslosigkeit in Ungarn in beunruhigendem Maße sich steigert und das Land von einer sehr schweren wirtschaftlichen Krise heimgesucht wird. Obwohl Ungarn nun überwiegend ein Agrarland ist, ist die Zahl der erwerbslosen Industriearbeiter auf 25 Proz. seit Oktober 1923 gestiegen. Gleichzeitig sind mehrere lebenswichtige Industriezweige zur Verkürzung der Arbeitszeit geschritten, so daß Tausende von Proletarier auf die Straße gesetzt worden sind. Die Zahl der entlassenen Arbeiter beträgt in einigen Industrien bis zu zwei Drittel der Gesamtbelegschaft.

Die Gewerkschaften (Amsterdamer Richtung), deren Kassen zur Leistung solcher Mengen von Erwerbslosenunterstützung nicht ausreichen und erschöpft sind, verlangen Staatshilfe und Erlaß eines Gesetzes, daß den Arbeitgebern untersagt, die Fabriken ohne weiteres stillzulegen. Außerdem sollen Notstandsarbeiten für die Erwerbslosen eingerichtet werden. Die Kosten des Lebensunterhalts sind ständig im Steigen begriffen und haben sich in Ungarn seit 1914 (100) auf etwa 5741 (Indexziffer) erhöht, während die Löhne nur auf 3559 (Indexzahl) gestiegen sind.

Australien

Klassenjustiz.

Infolge der Opposition der Arbeiter-Partei hat die Bundesregierung von Australien ihren Gesetzentwurf zurückgezogen, nach dem es gestattet sein sollte, gegen streikende Arbeiter militärische Bombenabwurf-Flugzeuge anzuwenden.

Der Buchdruckerverband war zu einer Geldstrafe von 100 Pfund Sterling verurteilt worden, weil er einen ungesetzlichen Streik geführt hatte. Diese Strafe ist noch verhältnismäßig gering, denn nach dem neuen Gesetz gegen Streiks kann jede Gewerkschaft zu einer Geldstrafe von 500 Pfund Sterling für jeden Streiktag verurteilt werden, wenn das Gericht der Ansicht ist, daß der Streik im Widerspruch zum Tarifvertrag steht.

Eine derartige Klassenjustiz eröffnet den Unternehmern „herrliche Zeiten"!

Finnland

Hunderte von Kommunisten, darunter Parlamentsmitglieder, wurden, nachdem sie seit dem Sommer letzten Jahres bereits in Haft waren, jetzt summarisch abgeurteilt. Zwei der Angeklagten haben bereits Selbstmord in der Zelle verübt.

Bemerkenswert ist, daß diese Regierung den weißen Terrors für ihre arbeitfeindliche Haltung durch eine große Anleihe unterstützt wird, die an den amerikanischen Börsen mit sehr gutem Erfolg aufgenommen und gezeichnet wurde.

Spanien

In Oviedo streikten die Maurer wegen Lohnforderungen, worauf die Unternehmer mit einer Aussperrung im Baugewerbe antworteten, die allerdings nicht allgemein durchgeführt wurde.

Anfangs unterstützten die Sozialdemokraten die Bewegung, schlossen aber verräterischerweise eine getrennte Vereinbarung ab. Dann veröffentlichten sie einen Aufruf an die Arbeiterklasse, um andere Solidaritätskundgebungen zu unterbinden, wenn auch ohne Erfolg. Die Arbeiter der Provinz Asturien sammelten Unterstützungsgelder und bekundeten ihre Solidarität mit den Streikenden. Daraufhin verbot die Regierung alle revolutionären Gewerkschaften von Oviedo und verhaftete einen Streikführer. Dagegen blieben die sozialistischen Organisationen unbehelligt und wurden von den Behörden unterstützt.

Mitteilungen

An die Referenten und Diskussionsredner!

Die Zusammenkunft der Referenten und Diskussionsredner findet an diesem Sonnabend nicht statt. Dafür sind obengenannte verpflichtet, in der am Sonntag vormittag in Bökers Festsälen, Weberstraße 17, stattfindenden Mitgliederversammlung der AAU. zu erscheinen, da ausführliches Referat gehalten wird.

Der Obmann.

Genossen! Haltet eure Zeitung hoch, Sammelt für den Pressefond.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl Bergmann, Berlin.

Gross-Berlin **Freitag, 21. März, Bezirks-Mitgl.-Versammlungen**

Programm und Organisations-Statut
der
Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Das sehr sauber auf holzfreiem Papier gedruckte und ausgestattete Buch ist eine wahre Fundgrube für jeden Genossen. Alle Genossen werden seit langem auf dieses Buch warten. Es gibt nur ein Urteil:

Jeder Genosse muß das Programm der KAPD. lesen und für weiteste Verbreitung sorgen!

Der Preis beträgt 1,— Goldmark.
Versand nur gegen Voreinsendung oder Nachnahme des Betrages durch den
Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Proletarier
Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 23, Jahrgang 54 | März 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Proletarier, Ihr müßt Euch entscheiden!

Alles hat eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen. Die Pfaffen aller Richtungen müssen das Volk in der Knechtseligkeit erhalten. Die Schupo muß für „Ruhe und Ordnung" sorgen, vor allen Dingen auch die öffentlichen Versammlungen der Proleten vor eventueller Ueberfüllung schützen; denn im Wahlkampf geht es stets hoch her. Vor allem bei dem diesmaligen. Wie man um das Stimmvieh buhlt, bringt so recht drastisch das „Reptil", der „Vorwärts" zum Ausdruck. Den schwersten Dienst hat der wackere Schupomann. In Wind und Wetter für die paar Sechser stets gegen den Umsturz gewappnet sein, ist schwer und anerkennenswert. Unverständlich und häßlich ist es von Proleten, wenn sie einem Grünen höhnisch lachend ins Gesicht die Worte schleudern: „Was willst du grüner Lustmörder denn?" Das ist nur ein wirklicher Ausnahmefall, so beteuert der „Vorwärts"intenkuli und alle anderen Schupomännern sind „zartfühlende" Jünglinge eventuell auch Männer. Dies ist die Aufgabe der Presse.

Mit Hilfe des gedruckten Wortes die sogenannte öffentliche Meinung zu beeinflussen. Frech drauflosschwindeln; denn der Mann, dem der Ausnahmezustand als Dauererscheinung der „Demokratie" nicht auffällt, der stolpert auch nicht über die „zartfühlenden" bewaffneten Stützen des Staates. Der wird schließlich erst dann wach, wenn er auf einer Wache munter gebolzt wird mit allerlei „weichen" Gegenständen um dann zum Schluß den Stiefelabsatz noch zwischen den Zähnen zu spüren oder auch nicht mehr zu spüren, da je bis zu dem Moment schon immer die Bewußtlosigkeit eingetreten ist.

Diese Tatsachen, die die Spatzen von den Dächern pfeifen, existieren natürlich für solchen Zeilenschinder nicht und dürfen nicht existieren, da ja sonst der Zweck der festesten Stütze der demokratischen Republik nicht erfüllt wäre.

Da der weiße Terror nun nicht täglich wüten kann, dies schließlich den Soldknechten auch mal langweilen könnte, alle Tage Cavier nicht gut ist, geht mal zur Abwechselung die Reichswehr, die vollständig „neutrale und unpolitische" Schutztruppe der vollendeten Demokratie betteln für die hungernden und verhungernden deutschen Volksgenossen. Jedenfalls, damit nicht zuviel vorher krepieren, sonst bleiben zu wenig zum Niederknallen übrig, und diesen, ihren Zweck muß sie doch, die neutrale, unpolitische Reichswehr, erfüllen können.

Während dessen erfüllen auch die Gewerkschaften ihren Zweck, von den christlichen bis zu den erst im Entwurf fertigen Industrieverbänden ihren Zweck, der darin besteht, die Proletarier in dem Glauben immer aufs neue zu bestärken, daß es noch eine Möglichkeit der besseren Lebenshaltung für das Proletariat in diesem zusammenstürzenden Profitsystem gibt, man nur ordentlich und richtig darum kämpfen müsse. Dies geschieht, wenn die Bourgeoisie den auch nicht kämpfen, sondern nur dauernd verhandeln will, wenn den sie mal ein paar Wochen ausgesperrt und ganz nüchtern kann dann Stinnes durch seinen öffentlichen Mund verkünden lassen:

„Die Belegschaftsversammlungen der beiden staatlichen Werke in Hirschfelde bei Zittau haben beschlossen, die neuen Arbeitsbedingungen, also die verlängerte Arbeitszeit, anzunehmen und morgen früh 6 Uhr zur Arbeit anzutreten. Damit ist der Arbeitsfriede wieder hergestellt und zugleich eine bemerkenswerte Niederlage der Radikal-Sozialisten und kommunistischen Hetzer erwiesen."

„Der schon seit etwa acht Wochen andauernde Streik der Metallindustrie, an dem 12 000 Arbeiter beteiligt waren, hat nunmehr sein Ende gefunden.

Nachdem der Chemnitzer Verband der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auf die neuen Arbeitsbedingungen geeinigt hatten, wurde auch in Leipzig der Streik von 9000 Textilarbeitern abgeblasen. Ebenso ist im Vogtlande der Arbeitsfriede in der Textilindustrie wiederhergestellt wie in Zittau. Somit herrscht in der gesamten sächsischen Textilindustrie Friede und verlängerte Arbeitszeit."

Während in Ludwigshafen die Aussperrung der Anilinsklaven noch andauert und es bei der Wiedereröffnung der Giftbude, welche die Proleten oft halbbewußtlos verlassen, da die giftigen Gase auch die starken Pfälzernaturen ruiniert, nur noch das Diktat der Anilinkönige in Frage kommt und die Länge der Arbeitszeit einfach diktiert wird und Stinnes dann vom Frieden mit verlängerter Arbeitszeit berichten kann.

So gleicht die Republik einer gewerkschaftlichen Tobsuchtszelle, in der die Aufgabe klar ersichtlich ist, die von den Gewerkschaften als Besitzer des Monopols über die Ware Arbeitskraft erfüllt wird.

Daß diese Entwicklung der Zermürbung und Vernichtung des Proletariats erst im Anfangsstadium sich befindet, mögen viele wahlbegierige Spitzel, die dieses unbedingt den richtigen Mann sich aussuchen werden, nicht glauben wollen, was aber an den eintretenden Tatsachen nichts ändern wird.

Die sogenannte Sachverständigenkommission, die die Aufgabe hat, bestimmte Vorschläge zur Sanierung der aus dem Gleichgewicht gekommenen europäischen, nein, sogar der Weltwirtschaft zu machen, hat wieder mal den Vorhang etwas gelüftet und flugs bringt die Preßmeute einen ganzen Strauß voll schöner Frühlingsboten, die den Proleten begeistern sollen. An erster Stelle steht natürlich das „Gold", doch lassen wir die einzelnen Punkte selbst sprechen. Nach dem „Tempo" soll der Strauß folgende Blüten enthalten:

1. Errichtung einer Goldnotenbank.

2. Deutscher Haushalt, Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltjahr 1924-25 und die nächstfolgenden Jahre. Zweijähriges Moratorium für die Reparationsleistungen in bar, Fortsetzung der Sachlieferungen und deren Bezahlung an die deutschen Industriellen.

3. Reorganisation der deutschen Eisenbahnen. Eine neue Verwaltung für das gesamte Netz, in das die zurzeit von der französisch-belgischen Regie betriebenen Strecken der Rheinlande und des Ruhrgebiets wieder einbezogen würden. Nutzbarmachung der Eisenbahnen für eine internationale Anleihe, deren Ertrag teilweise als Kapital und Reserve der künftigen Goldnotenbank, teilweise zur Finanzierung der Sachlieferungen Verwendung finden soll.

4. Einführung von Tabak-, Zucker-, Alkohol- und Zündholzmonopolen, deren Einnahmen zur Begleichung der Reparationen Verwendung finden sollen.

5. Kontrolle der Erhebung gewisser Einnahmen, sowie der Tätigkeit der Notenbank und des Betriebs der Eisenbahnen.

6. Organisation eines Systems von Hypotheken auf „die deutsche Wirtschaft", d. h. den industriellen, kommerziellen und landwirtschaftlichen Besitz Deutschlands, die als Pfand für die Ausgabe von Obligationen dienen würden.

Das Proletariat wird gut tun, sich recht bald den Schlaf aus den Augen zu reiben; denn, daß die deutsche Bourgeoisie bei diesen sechs Bedingungen irgendwie auf ihren Profit verzichten braucht oder wird, kann nur ein Leser der „Roten Fahne" glauben, die immer noch von der Abwälzung der Steuern auf die Schultern der Besitzenden faselt.

Wenn die Arbeiterklasse in ihrer Vertrauensseligkeit zum Kapital diesem diese Entwicklung ruhig gehen läßt, so wird es bald begreifen, daß die jetzige Lage erst der Anfang ist und in der Verelendung die Bourgeoisie keine Grenzen kennt.

Im Gegenteil, rühmt sich dann noch öffentlich damit, daß die Sanierung gelungen ist mit der freundlichen „Hilfe" der Nachbarn, wie es Oesterreich Bundeskanzler Seipel tat bei der Anwesenheit von Marx und Stresemann in Wien. Als es uns damals dreckig ging und wir nicht hin noch her wußten, gingen wir eben auf die Klingelfahrt bei unsern lieben Nachbarn, bei den nah sowie weiter abwohnenden und siehe da, es hat was genützt. Die Sanierung ist geglückt. Hoffentlich habt ihr nun auch Schwein. In diesem Sinne, und weil es nun gerade Frühling ist, wollen wir hoffen, daß bald Völkerfrühling wird, erhebe ich mein Glas usw.

Daß in Wien monatelang abertausende von Menschen wöchentlich von einem Brot und etwas bitteren Tee „leben" mußten, sagte der Frühlingsbote Seipel nicht, auch sagte der Frühlingsbote Seipel auch nicht, wieviel so an „Herzschlag" oder sonstigen beliebten ärztlichen Ausdrücken für den Hungertod hops gegangen sind. Dies gehört mit zur Sanierung und liegt im Interesse der Erhaltung der Kultur..

Marx gab dann zum Ausdruck, daß die „Kultur der Menschheit" nur unter der Sonne des „wahren" Friedens gedeihen kann. Um dann zum Schluß zu sagen:

„Ich gebe der sichern Hoffnung Ausdruck, daß die trotz der Kürze der Zeit von fruchtbarem Gedankenaustausch erfüllten Stunden, die wir hier in liebenswürdiger Gastfreundschaft verleben durften, dazu beitragen werden, unseren Völkern und der Welt die Gemeinschaft unseres Blutes, unseres Geistes und unseres Willens zum Leben zu bekunden."

Jawohl, auch wir sagen dem Proletariat, geht euern Willen zum Leben kund und erkennt, daß die Kultur der Menschheit bei Fortbestehen der Profitordnung vernichtet werden muß. Diese heuchlerischen Phrasen des Besuftragten der deutschen Bourgeoisie Marx nimmt natürlich kein Mensch ernst; denn nur darum, weil im entscheidenden Moment der „liebe Gott" sein auserlesenes Volk im Stiche ließ und sich zu den stärkeren Kanonen schlug, ist die schlaue deutsche Bourgeoisie friedliebend geworden.

Aus einer jungen Hure wird oft eine alte Betschwester.

Doch an den Zügen sieht man noch das vorausgegangene und im Ritterprozeß sind die Friedensbeteuerungen des deutschen Kapitals grell beleuchtet worden. Nur weil dem Tiger die Zähne ausgebrochen wurden, hüllte es sich in die Toga des Friedliebenden. Die Größe Deutschlands und der Fortschritt des Zerfalls des Kapitals überhaupt lassen eine solche Sanierung à la Oesterreich überhaupt nicht zu.

Sollte das Proletariat sich als unfähig für die Lösung seiner geschichtlichen Aufgabe erweisen, so wird das Kapital versuchen, eine Sanierung auf der Grundlage der verengerten Produktionsbasis, verursacht durch die Vernichtung der Kaufkraft des Proletariats international, herbeizuführen. Diese Sanierung bedeutet rücksichtsloses Ausmerzen des Menschenmaterials, daß nicht mehr im Produktionsprozeß gebraucht wird und darum nicht mehr ernährt werden kann. Dieses steht dem Proletariat, in erster Linie dem deutschen Proletariat bevor und die Bourgeoisie nennt es die Erhaltung der Kultur.

An dieser Kultur und ihrer Erhaltung sind alle politischen parlamentarischen Parteien interessiert nebst den Gewerkschaften. Fällt nämlich diese Kultur, die Profitwirtschaft durch den siegreichen Klassenkampf des Proletariats, dann sind diese ganzen Politikanten von Beruf und Ansehen überflüssig und haben keine Aufgabe, keinen Zweck mehr zu erfüllen.

Darum geben sich diese „Kämpen" aller Richtungen auch die erdenklichste Mühe, Stimmvieh zu werben.

Nicht in den Parlamenten wird die Politik bestimmt, sondern in den Wirtschaftszentren, deren Fäden in den Büros der großen Konzerne zusammenlaufen. Dort wird auch über die „Kultur" entschieden.

Darum Hände weg vom ganzen Wahlschwindel! Fort mit dem Wahlkampf und Bekenntnis zum kompromißlosen Klassenkampf erfordert die Zeit!

Sturz des Kapitals und Aufrichtung der eisernen Diktatur der Arbeiterklasse durch seine revolutionären Rate ist das dringendste Gebot der Stunde!

In diesem Kampf hat das Proletariat nichts zu verlieren als seine Ketten, aber eine Welt zu gewinnen.

Setzt das Proletariat nicht sein Leben ein, nie wird ihm das Leben gewonnen sein.

Die Erringung des Kommunismus, Proletarier, ist eure Aufgabe, die nur ihr allein erfüllen könnt und müßt!

Ohne Kampf — schimpflicher Untergang!

Individualismus u. Klassenkampf

I. Allgemeine Bemerkungen.

Eine revolutionäre Partei muß sich zum Ziel setzen, die Frage von „Führer und Massen" in der Tat zu lösen. Die nach bürgerlichen Prinzipien aufgebauten und geleiteten Organisationen (Gewerkschaften und parlamentarische Parteien) können niemals proletarischen Selbstbewußtsein auslösen. Proletarisch-revolutionäre Willen, das Feuer der Selbstkritik erhärtete Kollektivkraft des erwachenden Proletariats wirkt wie Sprengpulver in einer Organisation, die durch klassenfremde Elemente beherrscht und deren Politik den Interessen der proletarischen Klasse wegen entgegengesetzt sein muß, weil die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der ersteren denen des durch den kapitalistischen Zusammenbruch bedrohten Proletariats diametral entgegengesetzt sind. Die Entwicklung des Proletariats als Klasse im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft und der mit dieser Entwicklung verbundene Kampf um Elitebewußtheit der proletarischen Klasse ließ diesen Gegensatz vor dem einsetzenden Zusammenbruch deswegen nichts offen zutage treten, weil der proletarische Klassenkampf noch nicht auf die Schranken stieß, bei deren Ueberschreitung der Reformismus notwendig zum Verbündeten der Konterrevolution werden mußte. Der Sozialreformer und Bezirksführer der sozialdemokratischen Schule konnte innerhalb der kapitalistischen Grenze wirken. Die Erreichung möglicher Reformen erforderte weder vom Proletariat, dessen Willen und ihrem schöpferische Tatkraft und Energie. Um der kapitalistischen Klasse Konzessionen abzutrotzen war der Kapitalismus, die kapitalistische Produktionsweise „der Boden der gegebenen Tatsachen". Die Rolle als Führer erforderte nicht bürgerliches Bewußtsein, sondern bürgerliche Intelligenz an sich, gepaart mit der nötigen „Arbeiterfreundlichkeit" genügte, um als „Führer" Lohn und Brot, Aemter und Würden zu ergattern. Der bürgerliche Individualismus fand in dieser Phase der Arbeiterbewegung ein großes Betätigungsfeld; bürgerlicher Ehrgeiz war der Motor seiner Energie-Entwicklung. Die so geschätzte geistige Aristokratie, deren Ideologie (Denkweise) natürlich individualistisch, egoistisch, bürgerlich nicht revolutionär war, war die das Proletariat beherrschende Schicht in ideologischer, infolge ihrer geistigen Ueberlegenheit auch in organisatorischer Beziehung. Ueber den Durchschnitt hinausragende Proletarier entdeckten schon mit dem Ueberschreiten der Durchschnittsgrenze, daß ihnen die Stufenleiter, die aus der Masse der proletarischen Klasse heraus führe, nicht verschlossen war und strebten ganz instinktiv und sehr oft bewußt auf diese Weise die Lösung — ihrer — sozialen Frage an. Solange die Revolution nicht selbst sichtbar die revolutionären Probleme auf die Tagesordnung stellte, brach daher auch der Klassenkampf innerhalb dieser Organisationen nicht offen auf. Es brach erst auf, als infolge des fortschreitenden Chaos die materielle Lage der bis dahin zur Hörigkeit verdammten Lohnsklaven immer unerträglicher wurde. Es brach erst auf, als der Gegensatz zwischen Kapital